

GANZTAG

DIE ZEIT RENNT DAVON

NEUER SCHLÜSSEL

So lassen sich Bundesmittel für Schulen verteilen, um soziale Ungleichheit abzubauen. **Seite 24**

HIOSBOTSCHAFT

Die Programme der Bundesregierung für mehr Chancengleichheit sind fraglich geworden. **Seite 26**

RÜCKKEHR

An der deutschen Schule in Erbil lernen kurdische Kinder, die vorher in Deutschland gelebt haben. **Seite 36**



FRIEDRICH
Akademie



ONLINE UND IN PRÄSENZ

Fortbildungen für die Praxis



Unser
Angebot



Innovativ, aktuell und vielfältig - Profitieren Sie von unseren praxisnahen Fortbildungsangeboten für verschiedene Schulformen, unterschiedliche Fächer und für viele Schulstufen.

Die Friedrich Akademie bietet:



Onlineseminare

Jede Onlineseminar-Buchung beinhaltet die Teilnahme am Live-Seminar mit Chatfunktion für Fragen an den/die Referent:innen, Teilnahmebescheinigung, nützliche Downloads und den Zugang zur Seminaufzeichnung um Inhalte wiederholen zu können. Eine Übersicht aller Onlineseminare finden Sie unter www.friedrich-akademie.de



Aufzeichnung der Seminare

Erhalten Sie durch Videos Zugriff auf bereits durchgeführte Seminare.



SchiLf

Innovative Veranstaltungen zur schulinternen Lehrerfortbildung zu aktuellen Themen der Schul- und Unterrichtsentwicklung. Wir unterbreiten Ihnen gerne ein Angebot zu Ihrem Wunschthema!

Aktuelle Themenbeispiele:

- Diagnose & Fördern
- Digital unterrichten
- Erfolgreiche Schulleitung
- Fachbezogene Themen
- Classroom Management
- Differenzierung

Unsere
Themen

Gern beantworten wir Ihre individuellen Anfragen
unter: akademie-service@friedrich-verlag.de.

www.friedrich-akademie.de

Mit dem
Gutschein-Code
AKAH812
bei jedem
Onlineseminar
sparen

*Gutschein einlösbar auf die
Buchung eines Onlineseminars
bis zum 31.12.2022. Der Gutschein-
Code ist nur online einlösbar.

INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Ganztag

Frankfurt am Main: Erste West-Ganztagsschule	6
Rechtsanspruch: Die Zeit rennt davon	10
Interview: Einblick in die Praxis	12
Kita: Es fehlt immer mehr Personal	16
Qualität: So kann guter Ganztag klappen	20



Bildungspolitik

GEW-Gutachten: Bundesgeld gerechter verteilen	24
IQB-Bildungstrend: Deutliche Verschlechterung	26

Tarif- und Beamtenpolitik/Berufliche Bildung und Weiterbildung

Weiterbildung: Fast 18 Prozent mehr Lohn	28
--	----

Schule

Mehrsprachigkeit: Kurdisch in der Schule	30
--	----

Hochschule und Forschung

Personalräte: Wildwuchs in der Mitbestimmung	32
Unis: Forschung und Gesellschaft vernetzen	34

Internationales

Erbil: Eine Schule für Rückkehrer	36
-----------------------------------	----

fair childhood

Fairer Handel: Solidarisch gegen die Krise	40
--	----



Mitgliederforum

42

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 74. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de

Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



ISSN 0342-0671

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew

GANZTAGSFACHKRÄFTE FEHLEN



Die Grundschulen in Deutschland sind nur unzureichend auf den ab dem Schuljahr 2026/27 geltenden Anspruch auf einen Ganztagsplatz für Grundschulkind vorbereitet. Das geht aus dem Fachkräfte-Radar der Bertelsmann Stiftung hervor, der Anfang Juli veröffentlicht wurde. Insgesamt könnten 2026 mehr als 100.000 pädagogische Fachkräfte fehlen. Vor allem im Westen der Republik werde die Umsetzung des Rechtsanspruchs demnach schwierig. Im Osten sollte der vergleichsweise schlechtere Personalschlüssel auf West-Niveau verbessert werden, empfiehlt die Studie. Am Geld scheitert es der Studie zufolge nicht – es werden schlicht zu wenige Menschen für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers ausgebildet.

Die Ausgangslagen in den Bundesländern sind sehr unterschiedlich: Im Osten nutzen bereits heute im Schnitt 83 Prozent der Grundschulkind ein Ganztagsangebot. Dazu kommen 3,5 Prozent, die ein Übermittagsangebot bis 14.30 Uhr besuchen. Im Westen sind es dagegen nur 47 Prozent im Ganztags und 18 Prozent im Übermittagsangebot. Dafür hinkt die Personalausstattung im Osten hinterher: In Horten etwa muss eine Vollzeit-Fachkraft rechnerisch mehr als doppelt so viele Kinder betreuen wie eine Kollegin oder ein Kollege im Westen (s. Schwerpunkt, Seite 6 ff.).

EGMR: TARIFEINHEITSGESETZ RECHTENS

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg hat Anfang Juli die Klagen des Deutschen Beamtenbundes (DBB), des Ärzterverbandes Marburger Bund und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GdL) gegen das deutsche Tarifeinheitsgesetz abgewiesen. Es liege kein Verstoß gegen die Grundrechte auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit aus der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vor, so der EGMR. Das Gesetz sieht vor, dass in einem Unternehmen mit zwei Gewerkschaften nur der Tarifvertrag der mitgliederstärkeren Arbeitnehmervertretung angewendet wird. Kleinere Verbände wie der Marburger Bund und die GdL fürchteten eine Schwächung ihrer Position und beklagten einen Verstoß gegen das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen.

SCHNELLER ZUR VBL-RENTE

Eine Änderung des Altersversorgungs-Tarifvertrags (ATV) für den öffentlichen Dienst macht den Weg frei für eine deutliche Vereinfachung des Rentenanspruchs bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Während man früher bei der Beantragung der VBL-Rente einen Rentenbescheid der Deutschen Rentenversicherung (DRV) mit einreichen musste, kann die VBL künftig alle benötigten Daten elektronisch direkt bei der DRV abrufen. Nähere Infos gibt es unter www.vbl.de. Die kommunalen Zusatzversorgungskassen planen ähnliche Vereinfachungen, die Tarifänderung gilt auch für sie.

Korrektur

Die Meldung zur Verleihung der Mete-Ekşi-Preise 2020 und 2021 (E&W 7/8 2022, Seite 4) enthält leider zwei Fehler. Der Preisträger 2020 heißt nicht Schulpaten Berlin e. V., sondern Schülerpaten Berlin e. V. Auch vermittelt der Verein keine Patenschaften für Schülerinnen und Schüler mit vorwiegend arabischem Migrationshintergrund, sondern ausschließlich für eben jene. Wir danken dem Verein Schülerpaten Berlin e. V. für den freundlichen Hinweis.

PRÄMIE DES MONATS



September: Bluetooth-Box von JBL

Kleines Teil – kräftiger Sound! Und dazu noch eine Akkuladung, die für fünf Stunden Musik unterwegs sorgt. Staub- und wasserfest ist die kleine Box auch am Strand und im Schwimmbad ein guter Begleiter.



Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/praemie

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

MUFFINS UND SCHILDKRÖTEN FÜR ALLE

ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT || 09/2022 || GANZTAG



*Die Ganztagschule
stärkt die Bildungschancen
aller Kinder.*



SIMONE HOFMANN,
SCHULLEITERIN



*Arbeitsgruppen sind nicht Pillepalle.
Es geht darum, die Kinder
in ihrer Entwicklung zu fördern.*



SABINE GERICKE,
LEITERIN DES GANZTAGSBEREICHS

Fotos: Christoph Boeckeler

KATHRIN HEDTKE
freie Journalistin

Entlastet Eltern, stärkt Kinder: Die Friedrich-Ebert-Schule in Frankfurt am Main war die erste Ganztagsschule in Westdeutschland. Bis heute ist man hier fest überzeugt, dass das Modell allen guttut.

Mit blauen Eimern in der Hand flitzen vier Jungen nach der sechsten Stunde auf den Schulhof. „Wir füttern die Schildkröten“, erklärt Jasper, 11. Die Fünftklässler rupfen händeweise Löwenzahn aus. Danach hocken sie sich im kleinen Innenhof hinter dem Lehrerzimmer der Friedrich-Ebert-Schule im Schatten eines Trompetenbaums zu den Schildkröten auf die Erde. „Hmm, lecker“, ruft Jonas und wedelt mit Grashalmen. Eine Schildkröte kraxelt eilig näher. „Sie heißt Chili“, sagt Lennart. „Pepper mag keine Hitze und bleibt lieber in ihrem Häuschen.“ Nach ein paar Minuten müssen die Schüler weiter, die Treppe runter zur Schulküche, Muffins backen. Nach der kurzen Pause beginnt ihre Koch-AG.

Eine Ganztagsschule ermöglicht es, den Schulalltag viel besser an die biorhythmischen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler anzupassen.

Parallel kümmern sich andere Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule um Bienen, tanzen Breakdance, spielen Futsal oder Tischtennis. Alternativ können sie klettern, gärtnern, werkeln, trommeln, fotografieren oder, oder, oder. Die Liste der Arbeitsgemeinschaften ist lang. Die Friedrich-Ebert-Schule im Stadtteil Seckbach ist eine Ganztagsschule. Um genau zu sein: die erste Ganztagsschule in Westdeutschland überhaupt. Zunächst 1954 als Schulversuch gestartet, wurde das Modell ab 1965 fest für die gesamte Schule eingeführt, inklusive Unterricht am Nachmittag und Mittagessen. Damals wie heute, betont Schulleiterin Simone Hofmann, „stärkt die Ganztagsschule die Bildungschancen aller Kinder“. In der Ganztagsschule gehe es um viel mehr als darum, nur Vokabeln zu lernen. „Wir leiten die Kinder dazu an,

soziale Kompetenzen zu erwerben, Stärken herauszufinden und Grenzen auszutesten.“

Die Gesamtschule im Frankfurter Osten grenzt an den Atzelberg, eine Siedlung mit Hochhäusern. Auf dem Schulhof kickt Horst Schumacher mit Sechstklässlern, die Jungen rennen in der Sonne über den Platz, schießen den Ball über das Tor. „Abstoß“, ruft der Trainer. Dreimal pro Woche bietet er die Futsal-AG an. Da Geflüchtete aus der Ukraine in der Sporthalle untergebracht sind, spielen sie draußen. Früher habe er die Futsalmannschaft von Eintracht Frankfurt trainiert, jetzt Schüler der 5. bis 7. Klasse.

Worum es ihm vor allem geht? „Die Kids sind beschäftigt“, sagt Schumacher. „Die meisten gehen sonst nicht nach Hause, und hier gibt es ein warmes Mittagessen.“ In der Schulküche rühren Mädchen und Jungen aus Eiern, Mehl, Zucker und Milch einen Teig zusammen. Ständig ruft jemand: „Frau Schmekies, können Sie mal kurz gucken?“ – „Oh, der Ofen piepst!“ – „Ist der Teig so gut?“ Die AG-Leiterin rennt hin und her, hilft hier und dort. „Wo haben die Eltern schon Zeit, mit den Kindern zu kochen?“, fragt die Leiterin des Ganztagsbereichs, Sabine Gericke. „Klar, gibt es solche Schüler, aber viele können nicht mal eine Gurke schneiden.“ Nicht jede Familie kann sich teure Freizeitaktivitäten leisten. In der Ganztagsschule bekommen alle die Gelegenheit, sich um ein Tier zu kümmern, Fahrräder zu reparieren, mit Holz zu arbeiten, Theater zu spielen, Sport zu treiben oder kreativ tätig zu werden. Die Pädagogin ist überzeugt, dass Schule nicht nur die Aufgabe hat, Lerninhalte zu vermitteln. „Arbeitsgemeinschaften sind nicht Pillepalle“, betont Gericke. „Es geht darum, die Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern.“

Zudem ermögliche die Ganztagsschule, den Schulalltag viel besser an die biorhythmischen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler anzupassen, erklärt Hofmann, „da wir nicht eingeschränkt sind auf ein Zeitfenster von 8 bis 13 Uhr“. Phasen der An- und Entspannung wechselten sich ab. Hartnäckig halte sich die Vorstellung, dass Ganztagschulen lediglich ein paar Arbeitsgemeinschaften am Nachmittag anbieten – und fertig, kritisiert die Schulleiterin. „Das ist vollkommen falsch“, meint Hofmann. „Die ganze Struktur ist davon betroffen.“ Sie legt einen Stundenplan der 5. Klasse auf den Tisch, tippt mit dem Zeigefinger auf die gelb markierten Kästchen: Jeden Tag ist viel freie Lernzeit eingeplant. Im Lernatelier arbeiten die Kinder selbstständig an Themen, in ihrem eigenen Tempo. In der Schule bekämen die Schülerinnen >>>

HORST SCHUMACHER LEITET DIE FUTSAL-AG. AUCH WENN DER JOB MIT 19 EURO PRO STUNDE NICHT SEHR LUKRATIV IST, MACHT IHM DIE ARBEIT SPASS.



Foto: Christoph Boeckheier

>>> und Schüler genug Zeit zum Üben und Unterstützung beim Lernen, so dass sie zu Hause nicht mehr arbeiten müssten, betont Hofmann. „Wenn sie nach Hause gehen, haben sie auch wirklich frei.“

Die Nachfrage war von Anfang an enorm – aus allen sozialen Schichten.

Die Friedrich-Ebert-Schule wurde in der Weimarer Republik als Reformschule gegründet. Das pädagogische Konzept zielte auf eine demokratische Schule für alle Kinder. Als in der Zeit des Nachkriegsbooms immer mehr Eltern ganztags arbeiteten und ihre Kinder alleine mit einem Schlüssel nach Hause kamen, stellte die Schule ein Ganztagsangebot auf die Beine. Die Nachfrage war enorm – aus allen sozialen Schichten. Heute gehört die Friedrich-Ebert-Schule zu den ganz wenigen Ganztagschulen mit Profil 3 in Frankfurt. Die allermeisten Schu-

len verfügen über Ganztagsangebote mit Profil 1 oder 2, das heißt: Sie bieten Hausaufgabenbetreuung, Freizeitangebote und teilweise Mittagessen – allerdings ist die Teilnahme freiwillig. Nur in einer Handvoll Schulen in der Bankenmetropole bleiben alle Schülerinnen und Schüler verbindlich bis zum Nachmittag. In der Friedrich-Ebert-Schule gilt diese Regel bislang für drei Tage: Montag und Donnerstag ist Unterricht bis 15.50 Uhr, zusätzlich müssen die Kinder an einem weiteren Nachmittag eine AG besuchen. „Wir möchten unser Ganztagsmodell gerne noch ausweiten“, sagt die Schulleiterin. „Wir sehen, wie gut es den Kindern tut.“

Für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler sind nicht in erster Linie die Lehrkräfte zuständig. Zum einen ließen sich von ihrer Arbeitszeit schwer zwei Stunden abknapsen, sagt Hofmann. „Zum anderen sind sie aufgrund ihrer Rolle die falschen Personen.“ Kinder bräuchten Raum, ohne sich kontrolliert oder bewertet

zu fühlen. „Deshalb arbeiten wir stark im Team.“ An der Gesamtschule mit knapp 600 Schülerinnen und Schülern sind drei Jugendsozialarbeiterinnen und -arbeiter des Internationalen Bunds (IB) fest im Einsatz. Jeden Morgen bieten sie den Kindern vor der Schule ein gesundes Frühstück an, mit Müsli und Vollkornbrot. Außerdem machen sie Pausenangebote und sind auch mal im Unterricht dabei. „Sie sind für die Kinder erste Ansprechpartner, wenn es mal Probleme gibt“, berichtet Gericke. Eine sozialpädagogische Fachkraft ist im Clubraum und im Schülercafé präsent, ein junger Mann, der ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert, spielt in der Mittagspause mit den Kindern Karten.

Zum Team zu gehören, ist Schumacher von der AG Futsal sehr wichtig. Vorher war er an einer anderen Schule, dort habe es ihm aber nicht so gefallen. „Ich war da niemand“, sagt die Honorarkraft, „keiner hat mit mir geredet.“ Das sei an der Friedrich-Ebert-Schule anders. Klar, reich werde er mit den Arbeitsgruppen, die er anbietet, nicht. „Aber es passt.“ Das Training mit den Kids mache ihm Spaß.

Die Arbeitsgemeinschaften leiten externe Honorarkräfte, für 19 Euro pro Stunde. „Der Job ist leider nicht sehr lukrativ“, sagt die Schulleiterin. Im Flur hängt ein Zeitungsbericht über eine Rope-Skipping-Artistin aus Frankfurt, die bei Weltmeisterschaften im Seilspringen antritt. „Weltweit buchen Leute ihre Kurse“, heißt es in dem Artikel. An der Friedrich-Ebert-Schule bietet sie eine AG für Schülerinnen und Schüler an. Allerdings ist der Trainerin das Geld auf Dauer zu wenig. „Unser Budget gibt leider nicht mehr her“, bedauert Gericke. Für das neue Schuljahr konnten sie nochmal eine Lösung finden. Aber es sei immer schwierig, sagt Hofmann, „Leute für so wenig Geld zu gewinnen“.

Und wie finden es die Kinder, in eine Ganztagschule zu gehen? Lennart nimmt die Schildkröte auf den Arm und lächelt über das ganze Gesicht. „Cool“, sagt der Elfjährige. Finde er es manchmal blöd, länger in der Schule bleiben zu müssen als andere Kinder? „Wieso?“ Der Junge zuckt mit den Schultern: „Meine ganzen Freunde sind doch hier.“ Und am besten sei, dass sie nie Hausaufgaben machen müssten. ■

Flexibel unterrichten

Die passende Projektionslösung für jede Situation – egal ob Präsenz- oder Distanzunterricht, digital oder analog. Unsere Lösungen sind Alleskönner und nehmen die oftmals sehr unterschiedlichen Anforderungen innerhalb einer Schule in den Blick: Sie lassen sich an jegliche räumlichen und technischen Gegebenheiten und an die Anforderungen der Lehrenden flexibel anpassen.



Flexibel in jeder Unterrichtssituation:
Epson Projektoren!

Mehr Infos unter www.epson.de/schule.
Oder kontaktieren Sie uns per Mail an schule@epson.de.

EPSON[®]
EXCEED YOUR VISION

DIE ZEIT RENNT DAVON

NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Bis der Rechtsanspruch auf Ganzttag in den Grundschulen in Kraft tritt, sind zwar noch vier Jahre Zeit. Vielerorts ist dies nach Einschätzung der GEW indes bereits jetzt zu knapp.

Die Bertelsmann Stiftung drückte jüngst mal wieder auf den Alarmknopf: „Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung in der Grundschule und im Hort erfordert deutlich mehr Fachkräfte als bis 2030 zur Verfügung stehen“, teilte die Stiftung via „Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2022“ Anfang Juli mit. Insgesamt würden rund 100.000 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr benötigt als voraussichtlich vorhanden. In den westdeutschen Bundesländern müssten mehr als eine Million Plätze geschaffen werden, um den Rechtsanspruch flächendeckend zu erfüllen (s. Seite 4).

Dieser tritt zum 1. August 2026 in Kraft. Zentrale Ziele sind eine individuelle Förderung und bessere Teilhabechancen aller Kinder sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Rechtsanspruch gilt zunächst für Grundschulkindern der ersten Klassenstufe und wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Ab 1. August 2029 haben alle Schülerinnen und Schüler Anspruch auf täglich acht Stunden Unterricht

DIE UMSETZUNG DES RECHTSANSPRUCHS AUF GANZTAGSBETREUUNG IN DER GRUNDSCHULE ERFORDERT MEHR FACHKRÄFTE UND MEHR GELD ALS BISLANG ZUR VERFÜGUNG STEHEN.



und Betreuung in offenen und gebundenen Ganztagschulen sowie in Horten. Geregelt werden soll dies im Achten Sozialgesetzbuch, verpflichtend ist das Angebot für die Schülerinnen und Schüler nicht. Für die Schaffung neuer und die Erhaltung vorhandener Plätze stellt der Bund den Ländern bis zu 3,5 Milliarden Euro bereit.

Viele Grundschulen sind noch nicht auf den Ganzttag vorbereitet.

Noch ist die Ausgangslage für das Erreichen dieser Ziele schlecht: „In vielen Bundesländern sind die Grundschulen noch gar nicht vorbereitet“, sagt Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied für Jugendhilfe und Sozialarbeit. Es fehlten nicht nur Zehntausende Fachkräfte, sondern auch Räume und ganze Gebäude. Zudem gebe es keine Programme für ein ganztägiges Bildungsangebot und keine einheitlichen Qualitätsstandards. In der Ausbildung spiele der Ganzttag bisher nur eine untergeordnete Rolle. Darüber hinaus mangle es an Erfahrung bei der Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams aus Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen.

All das erfordert ein enormes Umdenken – bis hin zu neuen Arbeitszeitmodellen. „Wenn ich eine gelingende gute Ganztagschule will, dann stelle ich die Schule auf den Kopf“, sagt Siebernik. Das verbleibende Zeitfenster sei jedoch schon zu klein, um in ausreichenden Größenordnungen Schulplätze auszubauen und Fachkräfte auszubilden.

Eine weitere Herausforderung: Erzieherinnen und Erzieher werden nicht nur an Grundschulen gesucht. „Die Kitas sind eine große Konkurrenz, beide Systeme buhlen jetzt um die wenigen Kräfte am Markt“, erklärt Siebernik. Erzieherinnen könnten sich aussuchen, wo sie arbeiten wollten – und wo die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen besser seien. „Ein schlecht ausgebauter Ganzttag mit vielen Teilzeitjobs und ohne Konzepte gerät da ins Hintertreffen.“

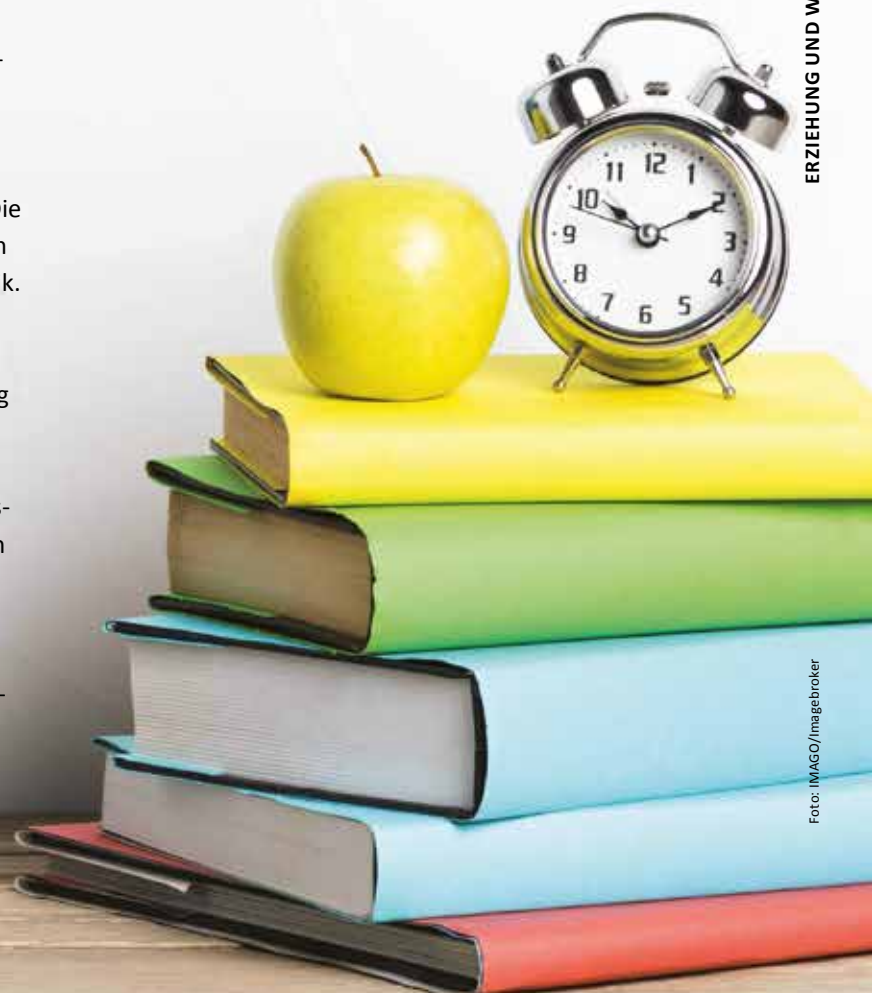
Laut Fachkräftebarometer 2021 sind die Beschäftigungsbedingungen an Grundschulen deutlich schlechter als in Kindertageseinrichtungen. Knapp ein Viertel des pädagogischen Personals an Grundschulen ist geringfügig beschäftigt, 46 Prozent gehen einer Beschäftigung mit einem Stundenumfang von weniger als 21 Wochenstunden

den nach, 12 Prozent arbeiten sogar weniger als zehn Wochenstunden. „Das ist nicht erwerbssichernd“, sagt die GEW-Expertin.

Durch das fehlende Personal sei auch die Arbeitsbelastung oft zu hoch. Dies werde sich in den nächsten zehn Jahren durch die demografische Entwicklung und den weiter steigenden Bedarf noch dramatisch zuspitzen. Dabei seien die Kolleginnen und Kollegen in den Kitas und Schulen nach den Herausforderungen der vergangenen Jahre bereits jetzt am Limit.

Auch ob die eingeplanten bzw. zur Verfügung gestellten Gelder reichen werden, ist offen. Bereits 2019 rechnete die Bertelsmann Stiftung vor, der Ganztags-Rechtsanspruch koste 5,3 Milliarden Euro pro Jahr: 1,1 Millionen neue Ganztagsplätze verursachten 4,5 Milliarden Euro Personalkosten, für die Erweiterung der Öffnungszeiten bestehender Ganztagschulen fielen weitere 800 Millionen Euro an. Der Deutsche Städtetag warnte jüngst, bei den Investitionskosten fehlten vier Milliarden Euro, bei den jährlichen Betriebskosten rund drei Milliarden. „Diese offene Rechnung darf nicht an die Kommunen weitergereicht werden“, forderte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy. ■

Weitere Infos der Bertelsmann Stiftung: gew.de/ew-9-22



WAS MACHT EINE GUTE GANZTAGSSCHULE AUS?

INTERVIEW: ANNE-KATRIN WEHRMANN
freie Journalistin

Die Schule an der Düsseldorfer Straße war 2004 eine der ersten Schulen Bremens, die in den gebundenen Ganztags wechselten. Seither gibt es dort einen rhythmisierten Tagesablauf: Drei Lernblöcke werden unterbrochen durch aktive Bewegungspausen, den pädagogischen Mittagstisch und die „selbstbestimmte Zeit“. Schulleiterin Dorothea Ilsen berichtet aus der Praxis.

E&W: Warum hat sich Ihre Schule damals für den gebundenen Ganztags entschieden?

Dorothea Ilsen: Weil wir nur so den Kindern ein Angebot machen können, das ihre gesamte Entwicklung betrifft. Es geht um einen ganzheitlichen Blick auf die Kinder: Das ist gerade bei uns im Stadtteil wichtig, in dem viele Kinder aus armen Familien kommen. Die wollen wir unbedingt „von der Straße“ holen.

E&W: Wie wichtig ist es, dabei auf unterschiedliche Professionen zurückgreifen zu können?

Ilsen: Das ist enorm wichtig. Wir bilden bei uns für jede Klasse ein multiprofessionelles Team, das aus einer Lehrkraft, einer pädagogischen Fachkraft und einer Förderkraft besteht. Das ist die Basis. Dann kommen natürlich noch Assistenzen dazu und andere Menschen, die in der Schule arbeiten. So haben wir viele verschiedene Perspektiven, die für die Entwicklung der Kinder zuträglich sind.

E&W: In der Theorie klingt das immer super, in der Praxis fehlt dann doch meistens die Zeit für Absprachen und Kooperation. Wie sieht das bei Ihnen aus?

Ilsen: Das ist ein wunder Punkt. Die Kooperation ist das A und O, damit ein multiprofessionelles Team überhaupt gut arbeiten kann. Wir haben darum die Teamarbeit für eine ganze Weile an die erste Stelle unserer Schulentwicklung gestellt, haben viele Fortbildungen gemacht und auch in unserer Freizeit Dinge zusammen unternommen. Den Montagnachmittag haben wir als Teamzeit festgelegt, da nehmen alle an Absprachen und Konferenzen teil. Die Schulbehörde hat den Erzieherinnen und Erziehern eine Kooperationsstunde pro Woche zur Verfügung gestellt, aber das reicht vorne und hinten nicht. Wir haben darum als Schule einfach beschlossen, ihnen zwei weitere dazuzugeben.

E&W: Wie läuft der Ganztags in der Praxis?

Ilsen: Um die Strukturen für einen guten Ganztags aufrecht halten zu können, bedarf es einer strikten Organisation. Aber es braucht eben auch viele Menschen, die das pädagogische Konzept in die Praxis umsetzen. Wir arbeiten viel mit Ehrenamtlichen zusammen und sind gut mit außerschulischen Einrichtungen im Quartier vernetzt, das hilft uns. Aber das Stammpersonal reicht einfach nicht, um ein so reiches Angebot, wie die Kinder es brauchen, umzusetzen.

E&W: Was sind die größten Herausforderungen bei der Organisation des Ganztags?

Ilsen: Personal zusammenzustellen, das gut miteinander klarkommt. Sicher, das sind alles Profis, die zusammenarbeiten können. Aber wenn man wirklich engagiert arbeiten und viele Visionen umsetzen möchte, geht das nur mit einem Team, das sich versteht und gegenseitig mitzieht. Darüber hinaus fordern mich die Schulentwicklung und das Zusammenhalten der Gemeinschaft besonders heraus.

Lenovo macht Schule.

Smarter
technology
for all

Lenovo

Smarter



Getestet für die Verwendung unter erschwerten Bedingungen wie Spritzwasser, Erschütterungen oder Staub – was auch immer der Schulalltag bringt.
Wir beraten Sie gerne, Tel. 0201 22099 844.

 **Windows 11**

A more focused Start experience

www.lenovo.com/EDUCATION

>>> Fortsetzung von Seite 12



Foto: privat



*Die Kooperation ist das A und O,
damit ein multiprofessionelles Team gut arbeiten kann.*



DOROTHEA ILSSEN,
LEITERIN DER SCHULE AN DER DÜSSELDORFER STRASSE, BREMEN

E&W: Abgesehen von Zeit und qualifiziertem Personal – was braucht es noch für einen guten Ganztagsunterricht?

Ilsen: Raum, das ist ein ganz entscheidender Faktor. Die Kinder müssen Räume und Gruppen wechseln können. Darum braucht es unterschiedliche Räume in unterschiedlichen Größen mit unterschiedlichen Möglichkeiten – sowohl drinnen als auch draußen.

E&W: Welche Forderungen haben Sie an die Politik?

Ilsen: Notwendig ist eine Erzieherin oder ein Erzieher pro Klasse, nur so kann man den Kindern gerecht werden und letztlich auch die Inklusion weiter voranbringen. Momentan ist es so, dass sich die pädagogischen Fachkräfte je nach Schule auf zwei oder sogar drei Klassen aufteilen müssen. Das bedeutet, dass sie sich immer im Spagat bewegen, immer teilen müssen.

Abgesehen davon ist es natürlich wichtig, eine Schule baulich so auszustatten, dass sie ihre Arbeit auch wirklich umsetzen kann – dazu gehören auf jeden Fall auch eine gute Mensa und ein Differenzierungsraum pro Klasse.

E&W: Mit Blick auf den kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung: Welche Tipps haben Sie für andere Schulen, die ein Ganztagskonzept erst noch erarbeiten müssen?

Ilsen: Hospitieren und Gespräche führen mit Menschen, die das schon machen. Und: mit dem Kollegium, das diese Arbeit ja gemeinsam bewältigen wird, in Kontakt bleiben und über die Pläne und Entwicklungen sprechen. Es kann nur funktionieren, wenn die Schulleitung das Team mitnimmt – alles andere würde nach hinten losgehen. ■



Das junge Girokonto¹

So leicht kann Banking sein.

- ✓ **Kostenfrei²**
bis zu einem Guthaben von 25.000,- Euro und Ausgabe einer kostenlosen girocard¹
- ✓ **BBBank Banking-App**
Apple Pay, Multibanking-Funktion, Foto-Überweisung und vieles mehr
- ✓ **Weltweit gebührenfrei³**
Geld abheben mit der kostenfreien Visa DirectCard³ (Ausgabe einer Debitkarte)

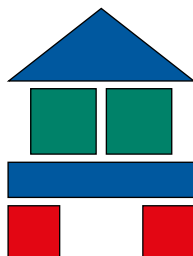
 **Jetzt informieren**
in Ihrer Filiale vor Ort
per Telefon 0721 141-0
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de



Einfach online abschließen:
www.bbbank.de/jungeskonto

¹Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. ²Für das Junge Konto wird für die Verwahrung von Einlagen oberhalb des Freibetrages ein Verwahrtgelt von 0,5% p. a. erhoben. Der Freibetrag beträgt 25.000,- Euro und wird in Prozent taggenau auf das den Freibetrag übersteigende Guthaben berechnet. ³36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a., danach 18,- Euro p. a.; Voraussetzung: BBBank-Junges Konto.

KITAS FEHLT IMMER MEHR PERSONAL



SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Das Recht auf einen Betreuungsplatz, die zunehmende Berufstätigkeit beider Elternteile und der wachsende Bildungsanspruch an frühkindliche Erziehung stellen viele Kitas vor massive Personalprobleme. Der richtige und wichtige Ausbau der Ganztagsbetreuung in Grundschulen wird die Misere weiter verschärfen.

In der Integrativen Kita Curiestraße in Leipzig kennen sie das Problem, dass die Personaldecke schnell zu kurz wird: Mehr als 180 Kinder besuchen die Krippe und den Kindergarten. Diesen Sommer sind zwar alle Stellen im Team besetzt und 25 Kolleginnen und Kollegen an Bord. Aber als etwa im Frühjahr drei Stellen unbesetzt blieben oder als im Winter Corona im Haus unterwegs war, wurde es chaotisch. „Wir sind auf dem Zahnfleisch gekrochen“, erzählt Kita-Leiterin Petra Teschner. Die Boom-Stadt

Leipzig wächst seit Jahren. Die Stadt und viele freie Träger haben reihenweise neue Einrichtungen aus dem Boden gestampft. Doch nun fehlt das Personal – wie vielerorts.



*Bundesweit fehlen allein
den Kitas bis zum Ende des Jahrzehnts
200.000 Fachkräfte.*



DOREEN SIEBERNIK,
GEW-VORSTANDSMITGLIED JUGENDHILFE
UND SOZIALARBEIT

Die Kita Curiestraße ist ein schicker Neubau, sie wurde 2019 eröffnet. In ihrem Umfeld liegen viele Forschungseinrichtungen und die Uniklinik, deren Beschäftigte ihre Kinder aus der ganzen Stadt herbringen. „Viele Eltern gehen Vollzeit arbeiten und brauchen die volle Betreuungszeit mit bis zu neun Stunden“, erzählt Teschner. Und der Bedarf wächst, weil in immer mehr Familien beide Eltern arbeiten. Doch wenn es an Personal fehlt, muss die Kita vorübergehend die Öffnungszeiten gegen den



Lap-tip-top: 1:1 Ausstattung für Schüler:innen mit dem passenden Notebook.



Fit für die Zukunft mit professionellen Lösungen für eltern- oder förderfinanzierte Notebook-Klassen. Erfahren Sie jetzt, wie Ihre Schulfamilie von einem professionellen Ansatz für eltern- oder förderfinanzierte Notebook-Klassen profitieren kann. Weitere Informationen und eine Übersicht zu IT-Systemhaus-Anbietern finden Sie auf www.education-campus.de/elternfinanzierung*



Jetzt informieren

Für alles, was in dir steckt. Intel.

*Endgerät, Serviceangebote und Finanzierungslösungen werden vom jeweiligen IT-Systemhaus angeboten. Wenden Sie sich an Ihren IT-Systemhaus-Anbieter für ein entsprechendes Angebot. Kein Produkt und keine Komponente kann absolute Sicherheit bieten. Für die Funktion bestimmter Technik von Intel kann entsprechend konfigurierte Hardware, Software oder die Aktivierung von Diensten erforderlich sein. Ihre Kosten und Ergebnisse können variieren. Die Leistung variiert je nach Nutzung, Konfiguration und anderen Faktoren. Erfahren Sie mehr auf www.intel.com/performanceindex. Bestimmte Merkmale und Funktionen sind unter Umständen nicht in allen Produkten enthalten. Achten Sie auf die Verfügbarkeit bei der jeweiligen Gerätekonfiguration, Details erhalten Sie vom Hersteller oder Handelspartner. Funktionsmerkmale können sich je nach Hersteller unterscheiden. Intel beeinflusst oder prüft nicht die Daten von Dritten. Bitte ziehen Sie ergänzende Quellen und Informationen heran, um die Datenqualität zu beurteilen.

© Intel Corporation. Intel, das Intel Logo, Intel Core und andere Intel Marken sind Handelsmarken der Intel Corporation oder ihrer Tochtergesellschaften. Andere Namen oder Marken sind Eigentum der jeweiligen Inhaber.

>>> Fortsetzung von Seite 16

Bedarf der Eltern kürzen. Auch Teschner, die gelernte Krippenerzieherin mit mehr als 30 Jahren Berufserfahrung, geht dann neben ihren Leitungsaufgaben mit in die Gruppen. „Wir haben ein Fachkräfteproblem“, sagt sie. „Wir brauchen gute Leute.“ Doch die Aussichten sind nicht rosig: „Ein Pool für Neubesetzungen“, so Teschner, „ist einfach nicht da.“

**Es braucht nicht nur mehr Personal,
es müssen auch mehr Kitas gebaut werden.**


Die Leipziger Kita steht beispielhaft für eine Misere, die bundesweit immer häufiger zu beobachten ist: Seit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zunächst für Dreijährige und dann auch für Einjährige wachsen die Personalsorgen – denn vielen Einrichtungen fehlen die Leute. Verschärfend hinzu kommt, dass zunehmend beide Elternteile berufstätig sind und eine möglichst lange, gesicherte Betreuung für ihre Kinder auch tatsächlich benötigen. Viele Kitas wollen ihre Betreuungszeiten und Plätze ausweiten, was wiederum mehr Personal und Platz erfordert. Und wenn ab 2026 der Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung an Grundschulen hinzukommt, könnte sich die Lage weiter verschärfen.

„Bundesweit fehlen allein den Kitas bis zum Ende des Jahrzehnts 200.000 Fachkräfte“, sagt Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied für Jugendhilfe und Sozialarbeit. Vielerorts mangle es an einer kindgerechten Personalausstattung, an ausreichend Kitas und besseren Betreuungsquoten – zulasten der Erzieherinnen und Erzieher, die in den Einrichtungen arbeiten, und der Eltern. In Berlin etwa seien aktuell 3.500 Betreuungsplätze in Kitas unbesetzt, weil es zu wenige Fachkräfte gebe, erzählt die GEW-Kita-Expertin. Die Hauptstadt ist dabei nur ein

Beispiel von vielen: Der Kita-Bericht 2022 des Paritätischen Gesamtverbandes offenbarte im Juni, dass durch den Fachkräftemangel bundesweit jede zweite Kita ihre Kapazitäten nicht voll nutzen kann.

„Wir brauchen dringend eine dauerhafte Ausbildungs-offensive“, fordert Siebernik. Daneben müsse die Politik Arbeitsverhältnisse und Bedingungen schaffen, die ein auskömmliches Einkommen ermöglichen und die oft prekären Jobs attraktiver machen. Die Kolleginnen und Kollegen in Kitas arbeiteten oft nur in Teilzeit von rund 30 Stunden. Alleinerziehende könnten damit ohne staatliche Unterstützung keine Familie versorgen. Viele ausgebildete Fachkräfte würden nach vier bis sechs Jahren ihren Job wieder aufgeben, weil die Belastungen zu hoch und die Gehälter zu niedrig seien. Parallel sei zudem eine Bauoffensive für Kitas nötig. „Die Einrichtungen stehen sonst in Zukunft vor großen Engpässen und räumlichen Verdichtungen“, so Siebernik.

Auch die GEW in Sachsen fordert seit Jahren, frühzeitig auf die Rechtsansprüche und Bedürfnisse der Eltern zu reagieren. Helfen könnte dabei, so die stellvertretende Landesvorsitzende Astrid Axmann, den Blick zu öffnen: Möglichkeiten für einen Quereinstieg erweitern, ausländische Berufsabschlüsse leichter anerkennen und Umschulungen oder berufsbegleitende Ausbildungen unterstützen. ■



DIE POLITIK HAT DEN KITA-AUSBAU IN DEUTSCHLAND IN DEN VERGANGENEN JAHREN NUR UNZUREICHEND VORANGETRIEBEN.



GÜNSTIGE GRUPPENREISEN MIT DER BAHN

Drei reale Beispiele aus unserer täglichen Arbeit:

Klassenfahrt Inland

- Frankfurt a. M. - Stralsund
- Angebot aus Januar 2022 für Mitte Mai 2022
- einfache Fahrt
- 16 Personen ab 15 Jahre
- 40 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur

20,56 € p. Person

Insgesamt sparen Sie

**856,- €*

---**

Klassenfahrt Ausland

- Köln nach Straßburg (F)
- Angebot aus Januar 2022 für Fahrt Montag auf Freitag im Mai 2022
- Schnellfahrstrecke via FFM
- Hin- und Rückfahrt
- 4 Personen ab 15 Jahre
- 20 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur

41,70 € p. Person

Insgesamt sparen Sie

**507,20 €*

---**

Klassenfahrt Ausland

- Berlin - Innsbruck (A)
- Angebot aus Januar 2022 für Juni 2022
- Hin- und Rückfahrt
- 14 Personen ab 15 Jahre, davon 4 Begleitpersonen
- 16 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur

50,97 € p. Person

Insgesamt sparen Sie

**1.047,- €*

---**

Diese Preise gelten auch für jeden anderen Zielbahnhof in Tirol.

Ihre Klasse kommt auch günstiger ans Ziel!

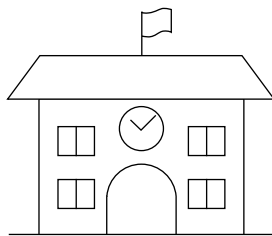
Diese großen Ersparnisse können wir in zwei von drei Anfragen erzielen - von und bis zu jedem Bahnhof in Deutschland sowie den angrenzenden Nachbarländern.

Nutzen Sie unsere langjährige Expertise für Ihre klimafreundliche Klassenfahrt dank unserer Hand- und Kopfarbeit im Tarifdschungel. Sie ist nicht durch Computeralgorithmen zu ersetzen.

Fragen auch Sie gerne bei uns kostenfrei und unverbindlich an!

* Ersparnis gegenüber eigener Buchung woanders.

SO KANN GUTER GANZTAG KLAPPEN



KLAUS KLEMM

Bildungsforscher, Professor i. R. an der Universität
Duisburg-Essen

Vor 20 Jahren besuchten deutschlandweit knapp 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 10 Ganztagschulen. Bis heute konnte diese Quote auf nahezu 50 Prozent erhöht werden. Allerdings bleibt die Qualität des Angebots vieler Einrichtungen hinter Notwendigkeiten und Erwartungen zurück.

Die Erfolgsgeschichte der Ganztagschule in Deutschland verdankt sich zwei Treibern: Zum einen stand und steht die dominierende Halbtagschule im Widerspruch zu den Interessen junger Familien und alleinerziehender Mütter und gelegentlich auch Väter, die ihre beruflichen Qualifikationen als Erwerbstätige nutzen wollen und häufig genug aus Gründen des Broterwerbs auch nutzen müssen, daran aber durch

die fehlende Ganztagsbetreuung ihrer Kinder gehindert werden. Zum anderen mehren sich insbesondere nach der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie 2001 die Klagen darüber, dass in den Schulen zu wenig individuell gefördert werde. Ganztagschulen, so die Hoffnung, könnten einen geeigneten Rahmen für ein Mehr an individueller Förderung bieten. In diesem Kontext leitete die Bundesregierung 2003 mit dem vier Milliarden Euro schweren Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) eine Phase des Ausbaus der Ganztagschulen ein.

Schulleitungen arbeiten vielfach noch in der Tradition der Halbtagschule.

So erfolgreich der damit beschrittene Weg auch war, so wenig vermag dieser Erfolg darüber hinwegtäuschen, dass – unbeschadet zahlreicher exzellenter Ganztagschulen – die Qualität der Ganztagschulen oft weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Oft sichern Ganztagsangebote den Familien die Betreuung ihrer Kinder über den Vormittag hinaus, vernachlässigen aber zugleich die Förderung der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Bezogen auf die Frage, welche Schwächen die bisherige Entwicklung geprägt haben und wo Anstrengungen zur qualitativen Verbesserung der Ganztagschulen ansetzen sollten, geben die folgenden

Feststellungen Hinweise (vgl. Radisch u. a. 2017): Den meisten Gesamtschulen fehlen die räumlichen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb. Die personellen Ressourcen (Lehrkräfte und nichtlehrendes Personal) reichen nicht einmal ansatzweise aus. Die Verzahnung von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten ist unzureichend, findet kaum statt. Schulleitungen, in denen in der Regel das nicht lehrende Personal nicht vertreten ist, arbeiten vielfach in der Tradition der Halbtagsschule. Und: Die konzeptionelle Spaltung zwischen offenen und gebundenen Ganztagschulen steht einer zukunftsorientierten Entwicklung hin zur Ganztagschule als Normalfall im Wege.

Für die zeitliche Ausgestaltung der Ganztagschulen sind zwei Elemente bedeutsam: die Zahl der wöchentlichen Stunden, die sich aus der Addition von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten ergibt, sowie die Verbindlichkeit der Teilnahme am Ganztagsbetrieb für die Kinder und Jugendlichen einer konkreten Ganztagschule. Zu beiden Aspekten gibt es – bei allen Unterschieden zwischen den Ländern – bundesweite Gemeinsamkeiten: Im Verständnis der Kultusministerkonferenz (KMK) sind Ganztagschulen Schulen, in denen „mindestens drei Tage in der Woche ein ganztägiges Angebot für Schülerinnen und Schüler bereitgestellt wird“. Mit Blick auf die Teilnahme am Ganztagsangebot gibt es zwei Modalitäten: In der gebundenen Form müssen alle Schülerinnen und Schüler am Ganzttag verpflichtend teilnehmen, in der offenen Form nutzt nur ein Teil der Kinder und Jugendlichen den Ganztagsbetrieb. Der Unterschied zwischen den beiden Formen ist für die pädagogische Gestaltung einer Ganztagschule hoch bedeutsam: In der offenen Form, an der derzeit 55 Prozent der Ganztagschülerinnen und -schüler teilnehmen, muss der gesamte Unterricht am Vormittag – wenn alle da sind – stattfinden; nur in der gebundenen Ganztagschule kann der Nachmittag in das Unterrichtsgeschehen einbezogen werden.

Die Mehrheit der Eltern bevorzugt nach wie vor die freiwillige Teilnahme am Ganztagsprogramm.

Wer die Spaltung in diese beiden Varianten aufheben will, muss wissen: Eine Mehrheit der Erziehungsberechtigten bevorzugt die offene Form, in der die Teilnahme am Nachmittagsprogramm freiwillig ist. Vor diesem Hintergrund haben Radisch u. a. eine zeitliche

>>>


Wer wir sind

www.wusgermany.de

 **World University Service (WUS)** ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitar-


beitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das Menschenrecht auf Bildung einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

 WUS unterstützt ausländische Studierende durch das **Studienbegleitprogramm STUBE Hessen**, durch **Lobbyarbeit, berufliche Orientierung und Reintegration**, sowie die

Förderung von Exilstudierenden, **Exilwissenschaftlerinnen** und **wissenschaftlern** und **Menschenrechtsverteidigerinnen** und **-verteidigern**.

Globales Lernen

 Die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** vernetzt nicht-staatliche und staatliche Stellen zu entwicklungspolitischer Bildung.

wicklungspolitische Ziele und Aktivitäten.

Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zum Globalen Lernen bereit.

Das Projekt **Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung** vermittelt Lehrkooperationen mit Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an berufsbildende Schulen.

Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren ent-

Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aus, die ausgewählte Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele behandeln.



Alle haben das Recht auf Bildung.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 26 (1)



UKV
AUSLANDSKRANKENVERSICHERUNG
Stark für mich.
Auch fern der Heimat gut versorgt!

Für Ihren beruflichen Aufenthalt im Ausland

Wir sind für Sie da, auch wenn Sie weit weg sind:

Im Krankheitsfall

- › Weltweites Netzwerk an Ärzten und Krankenhäusern
- › Persönlicher Rat rund um die Uhr: Auskunft zu medizinischen Fragen durch kompetentes Fachpersonal
- › Kostenübernahmegarantie bei erstattungsfähigen Krankenhausaufenthalten
- › Medizinischer Dolmetscher
- › Organisation von Rücktransport und Krankenbesuchen
- › Kostenfreie 24-h-Service- und Notfall-Hotline

Sonderkonditionen
für Mitglieder
der GEW

Kröger & Kubek OHG

Telefon +49 8441 805556
info@k-k.vkb.de · www.k-k.vkb.de

Partner der





2003 STARTETE DER BUND SEIN VIER MILLIARDEN EURO SCHWERES GANZTAGSSCHULPROGRAMM MIT DEM ZIEL, DIE BILDUNGSCHANCEN DER KINDER UND JUGENDLICHEN VON DER SOZIALEN HERKUNFT ZU ENTKOPPELN.

>>> Gestaltung vorgeschlagen, die von der Einteilung in gebundene und offene Ganztagschulen abweicht: Alle Ganztagschulen sollen eine wöchentliche Mindestöffnungszeit von acht Zeitstunden an fünf Wochentagen haben. Innerhalb dieser insgesamt 40 Zeitstunden gibt es am Vormittag ebenso wie am Nachmittag verpflichtende Präsenzzeiten für den Unterricht und für außerunterrichtliche Angebote. Darüber hinaus gibt es Angebote, die freiwillig genutzt werden können. Diese zeitliche Strukturierung böte einerseits bessere Bedingungen für die Verzahnung von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten, eröffnete den Schüle-

rinnen und Schülern andererseits die Möglichkeit, nicht durchgängig an 40 Zeitstunden in der Schule präsent zu sein, sondern auch während der Woche eigene außerschulische Aktivitäten auszuüben.

Die Aufhebung der strikten Trennung von Vormittag (mit Unterricht) und Nachmittag (mit überwiegend außerunterrichtlichen Aktivitäten) würde Opportunitäten für die Verbesserung der dringend erforderlichen Kooperation zwischen den Lehrkräften und dem nicht lehrenden pädagogischen Personal schaffen. Dadurch, dass beide Gruppen am Vor- und am Nachmittag mit den Schülerinnen und Schülern arbeiten,



Foto: IMAGO/PEMAX

Ganztagsschulen in Ost und West

Am 3. Juli 1969 beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK) das Experimentalprogramm für Ganztagsschulen. Ziel war, beiden Elternteilen die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, aber auch die Ungleichheit in der Bildungsbeteiligung wollte man aufbrechen. Bereits einige Jahre zuvor war in Frankfurt am Main die erste Ganztagsschule in der Bundesrepublik entstanden (s. Seite 6 ff.). Ganztagsschulen führten aber auch nach dem KMK-Beschluss in der alten Bundesrepublik ein Schattendasein.

In der DDR war die ganztägige Betreuung der Kinder in den 1970er-Jahren bereits etabliert. Es gab eine flächendeckende frühkindliche Betreuung in Krippen und Kindertagesstätten und zumindest für die Altersgruppe der bis zu 12-Jährigen war die Betreuung in Schulhorten gesichert. Horterzieherinnen und Grundschullehrkräfte arbeiteten eng zusammen, so dass im Hort auch auf Lerndefizite der Schülerinnen und Schüler eingegangen werden konnte. Nach 1990 wurden die ganztägigen Angebote in Ostdeutschland reduziert. Erst Anfang der 2000er-Jahre wurden mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ der Auf- und Ausbau der Ganztagsschulen wieder vorangetrieben. Spitzenreiter in der Statistik ist der Stadtstaat Hamburg mit einem Anteil von 93,9 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Ganztagsbetrieb, gefolgt von Sachsen (83,3 Prozent) und Berlin (69,4 Prozent). Schlusslicht ist Bayern mit einer Ganztagsquote von 17,3 Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt, 2020).

Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

wird die durch die tradierte Zeitstruktur vorgegebene Barriere zwischen ihnen abgebaut. Damit daraus eine bessere Ganztagsschule wird, müssen in den Schulen fest vereinbarte Kooperationszeiten und überlappende Anwesenheitszeiten für die verschiedenen Personalgruppen eingerichtet werden. Und – nicht zuletzt: In den Schulleitungen der Ganztagsschulen muss das nichtlehrende pädagogische Personal beteiligt sein. ■

Weiterführende Informationen und Literatur zum Thema:
gew.de/ew-9-22

vhs Deutscher Volkshochschul-Verband

Einfach gut unterrichten.
Die DVV-Rahmencurricula
materialsuche.grundbildung.de

2.000 Seiten kostenloses Lehrmaterial zur Förderung Erwachsener im Lesen, Schreiben und Rechnen

QR Code

AlphaDekade 2016–2026

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Krankenversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Besonders als **Lehramtsanwärter/-in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erstklassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren. Sie sich unter dbv.de/beihilfe.

150 JAHRE
Sie geben alles.
Wir geben alles für Sie.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft **GEW**
Erziehung und Wissenschaft

Eine Marke der AXA Gruppe **AXA**

WER WENIG HAT, DEM SOLL MEHR GEGEBEN WERDEN



Foto: IMAGO/Shotshop

DER KÖNIGSTEINER SCHLÜSSEL, NACH DEM BUNDESGELDER VERTEILT WERDEN,
BEVORZUGT DIE REICHEN BUNDESLÄNDER UND VERSCHÄRFT DIE BILDUNGSBENACHTEILIGUNG.

INTERVIEW: MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Wie lassen sich Bundesmittel für Schulen so an die Länder verteilen, dass soziale Ungleichheit abgebaut wird? Dazu gab die GEW ein Gutachten in Auftrag (s. E&W 2/ und 7-8/2022), das jetzt vorliegt. E&W sprach mit einem der Autoren, dem Erziehungswissenschaftler Detlef Fickermann.

E&W: Was stört Sie am Königsteiner Schlüssel, dem bisherigen Verteilmechanismus für Bundesmittel?

Detlef Fickermann: Ursprünglich war das ein Instrument, um außeruniversitäre Forschungseinrichtungen zu finan-

zieren. Der Königsteiner Schlüssel sollte dafür sorgen, dass finanzstarke Bundesländer größere Lasten tragen. Seit Jahren dient das Instrument aber dazu, Bundesmittel zu verteilen. Damit wurde die ursprüngliche Intention ins Gegenteil verkehrt. Wir erleben den Matthäus-Effekt: Wer hat, dem wird gegeben. Reiche Bundesländer bekommen mehr Geld als arme.

E&W: Das Gutachten präsentiert als Alternative den „Multiplen Benachteiligungsindex“, kurz MBI. Er soll helfen, Bildungsbenachteiligungen abzubauen. Welche Kriterien fließen in den MBI ein?

Fickermann: Wir haben insgesamt neun Indikatoren, die wir zu vier Dimensionen zusammengefasst haben. Die Dimensionen sind die Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes, die soziale Bedürftigkeit, der Bildungsstand der Bevölkerung und weitere Bevölkerungsangaben, zum Beispiel der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die jünger als 18 Jahre sind.

>>> Fortsetzung von Seite 24

E&W: Käme der MBI zum Einsatz, würden Länder wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Berlin mehr Geld bekommen. Warum diese Länder?

Fickermann: In Berlin zum Beispiel ist die soziale Bedürftigkeit besonders hoch. Außerdem leben dort überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund. Wenn wir den MBI nutzen, bedeutete dies, dass Berlin mehr Geld bekommt als bisher.

E&W: Sie haben auch geprüft, ob ein Verteilungsschlüssel, der auf dem MBI aufbaut, rechtlich umsetzbar ist. Mit welchem Ergebnis?

Fickermann: Verteilungsschlüssel müssen bestimmten Anforderungen genügen. Sie müssen sachlich und rational nachvollziehbar sein mit Bezug auf die Zielsetzung der Finanzhilfe. Sie müssen frei von Willkür und transparent sein. Und sie dürfen nicht gegen das Gleichheitsprinzip verstoßen; kein Land darf benachteiligt werden. Der MBI-basierte Verteilungsschlüssel, den wir vorschlagen, erfüllt diese Kriterien.

E&W: Sie gehen noch weiter und plädieren dafür, auch in jedem Bundesland einen MBI zu entwickeln. Damit es auch auf Länderebene möglich wird, Gelder so zu verteilen, dass soziale Ungleichheit abgebaut wird. Welche Hindernisse sehen Sie?

Fickermann: Es fehlen Daten. Längst nicht alle Länder haben den sogenannten Kerndatensatz eingeführt. Damit sind Individualdaten für die Schulstatistik gemeint. Es wird zum Beispiel nicht in allen Bundesländern erhoben, wie viele Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund haben. Nur wenige Länder haben einen Sozialindex, der genutzt wird, um bedürftige Schulen zusätzlich zu fördern.

E&W: Wer müsste aktiv werden, damit alle Bundesländer Individualdaten erheben?

Fickermann: Die Kultusministerkonferenz hat das Thema seit Jahren immer wieder behandelt. Zuletzt wurde im Herbst 2020 beschlossen, dass der Kerndatensatz umzusetzen ist. Ich bin pessimistisch, dass das gelingt.

E&W: Die Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag 4.000 besonders benachteiligte Schulen durch das Programm „Startchancen“ zusätzlich fördern. Ist schon bekannt, welcher Verteilungsschlüssel eingesetzt werden soll?



Verteilungsschlüssel müssen bestimmten Anforderungen genügen. Kein Land darf benachteiligt werden.



DETLEF FICKERMANN,
REDAKTIONSLEITER „DIE DEUTSCHE SCHULE“
DER GEW

Fickermann: Nein, das ist noch nicht bekannt. Bund und Länder sollen erste Gespräche über das „Startchancen-Programm“ geführt haben. Erste Eckpunkte sind von der Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) für den Frühherbst angekündigt worden. Ich hoffe natürlich, dass wir mit unserem Gutachten plausible Alternativen aufzeigen, wie man Mittel verteilen kann. Noch besser wäre, für das „Startchancen-Programm“ gar keinen Verteilungsschlüssel zugrunde zu legen, der die Gelder den Ländern zuteilt. Stattdessen könnten wir die 4.000 Schulen anhand einheitlicher Kriterien länderübergreifend auswählen. Ebenso die 4.000 weiteren Schulen, die zusätzlich Stellen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter erhalten sollen. Wie diese Kriterien aussehen könnten, dazu werde ich in Kürze zusammen mit Kolleginnen und Kollegen einen Vorschlag zur Diskussion stellen. ■

Mehr Infos unter: gew.de/ew-9-22

„DEUTLICHE VERSCHLECHTERUNG“

KARL-HEINZ REITH
freier Journalist

Die soziale Kluft in den Schulen wird größer statt kleiner. Zugleich erreichen weniger Viertklässler die Mindeststandards in Deutsch und Mathematik. Das sind Hiobsbotschaften aus dem neuen Bildungstrend des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB).

Bundesweit erreichte 2021 bei der Leistungserhebung in den Grundschulen etwa jeder fünfte Viertklässler in Deutsch und Mathematik nicht die Mindeststandards, auf die sich die Kultusministerinnen und -minister verständigt haben. Beim Lesen verfehlten 18,8 Prozent die Mindeststandards (gegenüber 12,5 Prozent im Jahr 2016), in Rechtschreibung sogar 30,4 Prozent (2016: 22,1 Prozent), in Mathematik 21,8 Prozent (2016: 15,4 Prozent). IQB-Leiterin Petra Stanat sprach von „signifikant negativen Trends“. Deutlich werde zudem, dass sich die enge Kopplung von sozialem Hintergrund und schulischer Leistung der Kinder weiter verstetigt.

Zur Begründung der schlechten Ergebnisse verwies die Kultusministerkonferenz (KMK) auf die Schulschließungen während der Corona-Pandemie, die von vielen Kultusministerinnen und -ministern kritisch gesehen worden seien. KMK-Präsidentin Karin Prien (CDU) forderte den Bund auf, weitere 500 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, um Lernrückstände der Schülerinnen und Schüler aufzuholen. Wie allerdings aus Regierungskreisen zu



*Was passiert mit den Jugendlichen,
die die Mindeststandards nicht schaffen?
Im ungünstigsten Fall nichts,
es wird einfach weitergemacht wie zuvor.*



KAI MAAZ,
BILDUNGSFORSCHER UND LEITER
DES AUTORENKOLLEKTIVS FÜR DEN
NATIONALEN BILDUNGSBERICHT

hören ist, wird es eine Neuauflage des Programms „Aufholen nach Corona“ nicht geben. Stanat wie auch der Leiter des Autorenkollektivs für den nationalen Bildungsbericht, Kai Maaß, führen die aktuellen Probleme nicht allein auf die Pandemie zurück. In einem Interview mit dem Wiarda-Bildungsblog wurde Maaß deutlich: „Wir haben in Deutschland einen Sockel äußerst kompetenzschwacher Schülerinnen und Schüler, und das seit langem. Anfang der 2000er-Jahre, nach der ersten PISA-Studie, haben wir sie als Risikogruppe bezeichnet. Insofern warne ich davor, jetzt so zu tun, als handle es sich um eine neue, erst durch Corona ausgelöste Schiefelage.“ Und Maaß fragte weiter: „Was passiert mit den Jugendlichen, die die Mindeststandards nicht schaffen? Im ungünstigsten Fall nichts, es wird einfach weitergemacht wie zuvor.“ Die Wirksamkeit der bisher vom Bund mitfinanzierten Corona-Hilfen an den Schulen ist umstritten. Das Geld wird von den Ländern höchst unterschiedlich eingesetzt. Anja Bensing-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule, kritisiert: „Das sogenannte Aufholprogramm nach



Corona von Bund und Ländern kommt nicht da an, wo es am meisten benötigt wird, nämlich bei den benachteiligten Kindern und Jugendlichen.“ Man dürfe die Mittel nicht einfach mit der Gießkanne verteilen.

Das Startchancen-Programm, mit dem Schulen in sozial schwierigen Lagen gefördert werden sollen, ist fraglich geworden.

Angesichts der durch Ukraine-Krieg, Pandemie, Inflation und Preisexplosion bei den Energiekosten verursachten Probleme im Bundeshaushalt ist zudem das im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP angekündigte Startchancen-Programm fraglich geworden. Die Koalition hatte angekündigt, 4.000 Schulen in sozial schwieriger Lage zu unterstützen: mit zusätzlichen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Investitionen für Baumaßnahmen sowie einem „Chancenbudget“, über das die Schulen selbst frei verfügen sollten. Zudem hatte die Koalition zugesagt, bei 4.000 weiteren Schulen die Schulsozialarbeit zu fördern. Bei ihren Koalitionsverhandlungen waren die Bildungs-

politikerinnen und -politiker der drei Parteien intern davon ausgegangen, für dieses Programm in dieser Wahlperiode insgesamt 2,6 Milliarden Euro zur Verfügung stellen zu können. Allerdings gibt die langfristige Haushaltsplanung der Koalition dieses Geld bisher nicht her. Ohnehin steht Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) mit ihrem Haushalt unter starkem Spardruck. Zunächst geplante Mittelkürzungen bei laufenden Projekten der Sozialforschung wurden für dieses Jahr zwar wieder zurückgenommen, doch muss sie mit weiteren Umschichtungen in ihrem Etat Geld für die bereits beschlossene erste Stufe der BAföG-Reform frei bekommen. Auf Anfrage versicherte ein Sprecher des Ministeriums, der jüngste IQB-Bildungstrend hätte die Notwendigkeit des Startchancen-Programms erneut unterstrichen. Derzeit finde ein fachlicher Austausch mit den Ländern statt. Dabei gehe es auch um Erfahrungen aus und Abgrenzung zu bestehenden Förderprogrammen der Länder. „Wichtig ist mit Blick auf die Haushaltslage, dass mit zusätzlichen Mitteln des Bundes auch wirklich zusätzliche Effekte im Sinne der Sache erzielt werden.“ ■

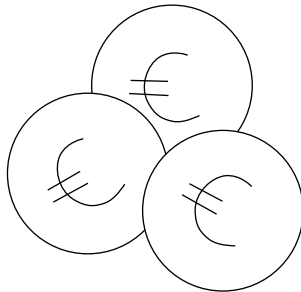
■ **Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**
■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins

effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins
sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

FAST 18 PROZENT MEHR LOHN



ALBENA CHIPKOVENSKA

Referentin im Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik
im GEW-Hauptvorstand

Anfang April 2022 haben sich GEW und ver.di mit dem Arbeitgeberverband Zweckgemeinschaft des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung (BBB) auf deutliche Steigerungen beim Mindestlohn für die pädagogischen Beschäftigten in der Weiterbildungsbranche geeinigt. Die Einkommen steigen bis 2026 in vier Schritten um fast 18 Prozent.

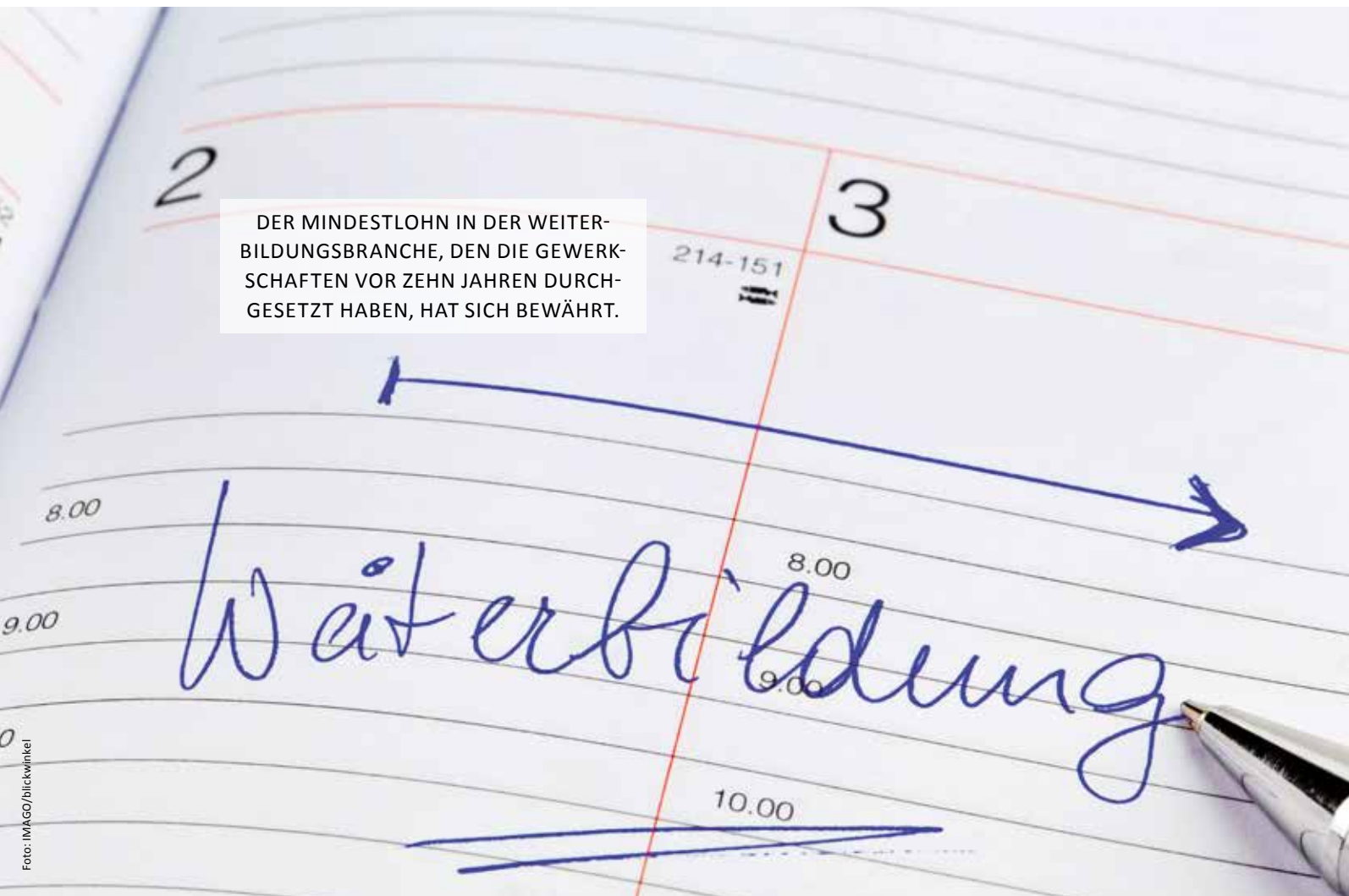
In nur vier Verhandlungsrunden haben Gewerkschaften und Arbeitgeber eine Einigung erzielt. Die kumulierte Erhöhung des Mindestlohns für die Laufzeit des Tarifvertrages bis Ende 2026 beträgt 17,8 Prozent (s. E&W 5/2022). Im Einzelnen sieht die Tarifeinigung folgende Schritte vor: Der Mindestlohn steigt zum 1. Januar 2023 und 2024 um

jeweils 4,0 Prozent, Anfang 2025 um weitere 4,25 Prozent und schließlich mit dem Jahresbeginn 2026 noch einmal um 4,5 Prozent. Damit wird das Mindestmonatsgehalt eines Vollzeitbeschäftigten bei einer 39-Stunden-Woche ab 2026 in der Gehaltsgruppe 1 um 519 Euro und in der Gehaltsgruppe 2 um 536 Euro über dem heutigen liegen. Ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann!

Der Antrag der Gewerkschaften auf Allgemeinverbindlicherklärung liegt beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) vor. Wenn das BMAS den Tarifvertrag Mindestlohn Weiterbildung für allgemeinverbindlich erklärt hat, wird die ausgehandelte Tarifierhöhung in allen Betrieben der beruflichen Weiterbildung nach den Sozialgesetzbüchern (SGB) II und III angewendet. Ab Januar 2023 werden damit rund 32.000 Beschäftigte, die in dem Bereich arbeiten, von dem höheren Gehalt profitieren.

Blick zurück: zehn Jahre Mindestlohn

Seit 2012 gilt der Tarifvertrag zur Regelung des Mindestlohns für das pädagogische Personal in der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und III. Die öffentlich geförderte berufliche Weiterbildung qualifiziert im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit Arbeitssuchende in allen relevanten Feldern für den Arbeitsmarkt. Der



DER MINDESTLOHN IN DER WEITERBILDUNGSBRANCHE, DEN DIE GEWERKSCHAFTEN VOR ZEHN JAHREN DURCHGESETZT HABEN, HAT SICH BEWÄHRT.

Mindestlohn, den die Gewerkschaften vor zehn Jahren durchgesetzt haben, hat sich als wichtiger Beitrag zur Qualitätssicherung und -steigerung in der Weiterbildungsbranche bewährt und sichert dem pädagogischen Personal einen garantierten Mindestverdienst, der weit über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. Die Lohnuntergrenze hat dem Preis- und Lohndumping, das vor Einführung des Mindestlohns in diesem Bereich der geförderten Weiterbildung weit verbreitet war, Grenzen gesetzt. Mit dem aktuellen Tarifabschluss steigt der Mindestlohn in der Weiterbildung bis 2026 im Vergleich zu 2012 um 65,5 Prozent im Westen und um 85,4 Prozent im Osten.

Für weitere Verbesserungen kämpfen

Trotz des guten Tarifabschlusses liegen die Gehälter der Beschäftigten in der Weiterbildung aber immer noch zwischen 20 und 30 Prozent unter denen vergleichbarer Tätigkeiten im öffentlichen Dienst. Zudem gilt der Mindestlohn nicht für alle Beschäftigten in dem Bereich, sondern nur für die pädagogischen Fachkräfte. Ein

Großteil der Beschäftigten hat also immer noch keinen tarifvertraglichen Schutz.

Um angemessene Löhne und insgesamt gute Arbeitsbedingungen in der Weiterbildungsbranche flächendeckend zu erreichen und den immer größer werdenden Fachkräftemangel durch Abwanderung in andere Bildungsbereiche zu stoppen, müssen wir zusammen weiterkämpfen. Es bedarf gesetzlicher Regelungen, die den Wettbewerb unter den Trägern nicht über den Preis, sondern über die Qualität steuern. Die Gewerkschaften können nur gemeinsam mit den Beschäftigten die Arbeitsbedingungen verbessern, sei es in Haustarifverträgen oder in einem Branchentarifvertrag. Zusätzlich zu höheren Gehältern bedeutet das unter anderem eine verbindliche Obergrenze der wöchentlichen Unterrichtsstunden, geregelte Vor- und Nachbereitungszeiten sowie klare Eingruppierungsregelungen. Vor diesem Hintergrund ist klar: Es braucht Tarifverträge, die Bezahlung und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in der Weiterbildung umfassend regeln. Je mehr Kolleginnen und Kollegen sich organisieren und engagieren, desto mehr können die Gewerkschaften für sie durchsetzen. ■

FÖRDERUNG DER MEHRSPRACHIGKEIT



DIE VON JANOSCH ILLUSTRIERTE AUSGABE DER
„BREMER STADTMUSIKANTEN“ GIBT ES AUCH AUF KURDISCH,
ÜBERSETZT VON DEM KURDISCH-LEHRER RONÎ STÊRK.

MICHAELA LUDWIG
freie Journalistin

Mit dem Zuzug kurdischer Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien ist das Interesse an Kurdisch-Unterricht weiter gestiegen. In Bremen wird er seit 30 Jahren erfolgreich angeboten, andere Bundesländer folgen zögerlich.

Feuer, Erde, Kürbis und Ziege: Auf den Anlautkarten von Ronî Stêrk ist das Alphabet anhand vieler für den kurdischen Kulturkreis zentraler Begriffe dargestellt. „Die Kurden haben bis vor 100 Jahren in Dörfern gelebt, das spiegelt sich auch im Basiswortschatz wider“, erläutert der Kurdisch-Fachlehrer, der Bremer Grundschülerinnen und -schüler in Kurmancî unterrichtet, dem Hauptdialekt ihrer Herkunftssprache. „In der Sprache werden auch Tradition und Kultur transportiert“, so Stêrk. „Das ist, neben der Förderung der Mehrsprachigkeit, für viele Eltern die Hauptmotivation, ihre Kinder für den Unterricht anzumelden.“

In den meisten Bundesländern fehlt der politische Wille, Kurdisch-Unterricht anzubieten.

Vor knapp 30 Jahren hat Bremen als erstes Bundesland Kurdisch im Rahmen des Herkunftssprachlichen Unterrichts (HSU) zugelassen. Heute unterrichten zwei angestellte Lehrkräfte 238 Schülerinnen und Schüler an acht Bremer Schulen. „Aufgrund der Fluchtbewegungen in den vergangenen Jahren wächst der Bedarf“, bestätigt Scharajeg Velu, Referentin für interkulturelle Angelegenheiten und Migration in der Bildungsbehörde. Die Familien sind aus der Türkei und dem Iran, in den vergangenen Jahren vermehrt aus Syrien, dem Irak und einigen ehemaligen Sowjetrepubliken eingewandert. Doch nur wenige Bundesländer sind dem Bremer Vorbild bis heute gefolgt: Nach Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen startete 2018 Rheinland-Pfalz, ein Jahr später folgten Berlin und Brandenburg. In Bayern und Baden-Württemberg, wo bislang ausschließlich auf Konsulatsunterricht gesetzt wurde, verhandelt die Kurdische Gemeinde Deutschland laut ihres Vize-Bundesvorsitzenden Mehmet

Tanriverdi derzeit mit den Kultusministerien. Er hoffe, „in absehbarer Zeit für unsere Kinder eine Möglichkeit zu schaffen“. In den anderen Bundesländern fehle der politische Wille, kritisiert der Linguist Zaradachet Hajo, der das Bremer Projekt seit dessen Anfängen begleitet. Immerhin stellen die Kurden eine der größten Einwanderergruppen in Deutschland. Doch anders als Türken oder Polen haben die Kurden keinen eigenen Staat, keine eigene Auslandsvertretung, die mit den Kulturministerien kooperieren und aus eigenen Mitteln Unterricht anbieten könnte. Entscheidend für die Zulassung des HSU ist das Engagement der Eltern, die über den Elternverein Yekmal in den Bundesländern organisiert sind. „Wir haben drei Anläufe gebraucht, bis der Kurdisch-Unterricht über das Bildungsministerium starten konnte“, berichtet Nihal Bayram aus dem Mainzer Yekmal-Büro. „Zunächst mussten wir interessierte Eltern finden und dann eine geeignete Lehrkraft.“ Das ist nahezu unmöglich, da kaum ausgebildete Kurdisch-Lehrkräfte wie der Quereinsteiger Stêrk in Deutschland leben.

Auch im Ausland sieht es mau aus. „Außer in der föderalen Region Kurdistan im Irak gibt es keinen kurdischen Schulunterricht in den Herkunftsregionen“, bestätigt Hajo. Deshalb fordert er, einen Lehrstuhl für Kurdologie einzurichten. „Das würde die Anerkennung des Kurdischen als eine der am meisten gesprochenen Herkunftssprachen hierzulande untermauern und auch unter Berücksichtigung soziologischer Aspekte die Integration der kurdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger fördern.“ ■

Im tîr-verlag ist kürzlich das erste Kurdisch-Wörterbuch für die Grundschule erschienen. Infos unter: gew.de/ew-9-22

Kurdisch-Wörterbuch

Im tîr-verlag ist kürzlich das erste Kurdisch-Wörterbuch für die Grundschule erschienen. Das dreisprachige Wörterbuch (Kurmancî-Deutsch-Englisch) mit kurdischer Verbliste enthält 750 Begriffe und ist an den Rahmenlehrplan für den Englisch-Unterricht angelehnt. Bisher mussten viele Kurdisch-Lehrkräfte, die in der Regel über den Verein kurdischer LehrerInnen in Europa vernetzt sind, auf ein in Schweden produziertes Bildwörterbuch zurückgreifen.

Der weltanschaulich und politisch unabhängige tîr-verlag aus Berlin realisiert Buchprojekte, die sich mit Kurdistan, seinen Menschen oder der kurdischen Kultur und Sprache auseinandersetzen. M. L.

WILDWUCHS IN DER MITBESTIMMUNG

SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Ausgerechnet bei der Mitbestimmung stößt die Freiheit von Forschung, Wissenschaft und Lehre zunehmend an Grenzen. Personalräte an den Hochschulen werden immer stärker ausgebremst.

Thomas Hoffmann kann ein Lied davon singen, wie schwierig Mitbestimmung in der Wissenschaft sein kann. Seit 18 Jahren ist er Personalrat an der Hochschule Nordhausen in Thüringen, seit 2010 Personalratsvorsitzender. Doch mit Drittmitteln beschäftigte wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen nur auf Antrag vom Personalrat vertreten werden. „Viele Kolleginnen und Kollegen scheuen diesen Weg“, sagt Hoffmann. Daher werden die meisten Einstellungen, Vertragsverlängerungen und Eingruppierungen der Personalvertretung gar nicht erst vorgelegt. „Die Folge sind Wildwuchs und Missbrauch – und die Beschäftigten leiden unter schlechteren Konditionen.“ Seit Jahren streitet Hoffmann daher für eine regelhafte Mitbestimmung für alle Beschäftigten.

Doch damit stößt er bei Hochschulleitungen und Politik auf taube Ohren. Personalmaßnahmen würden sogar zunehmend auf die Ebene der Fakultäten und Fachbereiche delegiert – die an eine Mitbestimmung gar nicht erst denken, so Hoffmann. Selbst die Landespräsidentenkonferenz, die Entscheidungen für alle Thüringer

Hochschulen treffe, finde unter Ausschluss der Personalräte statt.

Es ist paradox: Gerade in der Wissenschaft, die von der Freiheit in Forschung und Lehre lebt, ist die Personalvertretung der Beschäftigten stärker eingeschränkt als anderswo in der öffentlichen Verwaltung. Und die Beschränkungen nehmen noch zu. „Die Mitbestimmung in der Wissenschaft ist in die Krise geraten“, sagt Andreas Keller, GEW-Vorstand für Hochschule und Forschung. „Wir beobachten seit Jahrzehnten eine Erosion der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und Studierenden, während die Macht der Rektorate, Senate und Dekanate ausgebaut wird.“

Erst in den vergangenen Jahren konnten in einzelnen Ländern zaghafte Fortschritte verbucht werden – ein Erfolg der beharrlichen Kritik der GEW und Studierendenvertretungen. Auch die Hochschulgremien würden nicht mehr überall von Kollegialorganen wie Senat oder Konzil gewählt, kritisiert Keller, sondern von neu geschaffenen, externen Kontrollorganen wie Hochschulräten. Diese regierten wie Aufsichtsräte in einem Wirtschaftsunternehmen in die Hochschulen hinein. Die Personalräte haben dabei kaum Rechte. „Die GEW fordert eine uneingeschränkte Mitsprache für alle Beschäftigten“, betont Keller. „Gerade für Menschen, die einen besonderen Schutz brauchen, weil sie in prekären Jobs und Kettenbefristungen festhängen.“ Doch bundesweit einheitliche Regelungen sind nicht zu erwarten, da Wissenschaft Ländersache ist und das Hochschulrahmengesetz des Bundes seit 2006 keine Bindungswirkung mehr hat. „Wir haben in jedem Land eine andere Rechtslage – allerdings überall ähnliche Probleme“, so Keller. In Nordrhein-Westfalen (NRW) gilt mittlerweile eine umfängliche Mitbestimmung für alle Personalbereiche. „Wir vertreten inzwischen fast alle Beschäftigten ohne



IN DER WISSENSCHAFT IST DIE PERSONALVERTRETUNG DER BESCHÄFTIGTEN STÄRKER EINGESCHRÄNKT ALS ANDERSWO IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG.

Foto: IMAGO/Shotshop



Wir beobachten seit Jahrzehnten eine Erosion der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und Studierenden, während die Macht der Rektorate, Senate und Dekanate ausgebaut wird.



ANDREAS KELLER,
GEW-VORSTANDSMITGLIED HOCHSCHULE
UND FORSCHUNG

Antrag und haben eine Dienstvereinbarung mit Mindeststandards für alle Lehrbeauftragten abgeschlossen“, erzählt Luzia Vorspel, Personalratsmitglied für die wissenschaftlich Beschäftigten an der Ruhr-Universität Bochum. „Wir können einiges tun, weil wir alle Personalmaßnahmen vorgelegt bekommen.“

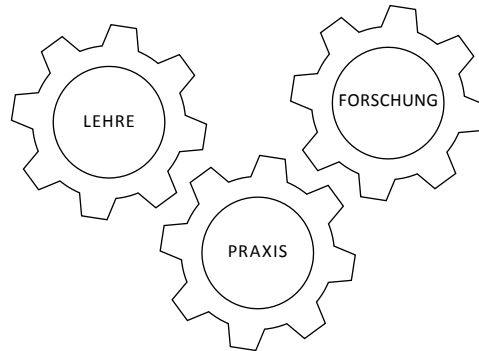
Gut sei die Lage damit trotzdem nicht. Denn die mehr als 30 Hochschulen in NRW sind seit Inkrafttreten des Hochschulfreiheitsgesetzes 2007 selbstständig und unab-

hängig – und die Beschäftigten keine Landesbediensteten mehr. Der Hauptpersonalrat als zweite, landesweite Mitbestimmungsinstanz wurde abgeschafft. „Die Hochschulleitungen und deren Verwaltungen versuchen, es sich in vielen Fragen leicht zu machen, und wir müssen immer wieder intervenieren“, sagt Vorspel. Die ständige Befristung der Verträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf durchschnittlich ein Jahr mache es zudem schwierig, Leute für die Arbeit im Personalrat zu gewinnen – dessen Mitglieder für vier Jahre gewählt werden.

Das Dilemma kennt auch Rea Kodalle, Personalratsmitglied an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg. Sie hat jedoch ein konstruktives Verständnis von der Personalratsarbeit. „Wir können nicht immer in der Opferrolle auftreten“, sagt Kodalle. „Ich sehe es als unseren Auftrag an, uns mit guten Vorschlägen als Partner bei der Gestaltung notwendiger Entwicklungen der Hochschulen einzubringen – sei es bei Themen wie Digitalisierung, mobile Arbeit oder Generationswechsel.“ Die Personalräte seien dafür ein guter Ratgeber: Sie wüssten, was die Beschäftigten tatsächlich wollen. ■

E&W-Schwerpunkt „Mitbestimmung in Bildungseinrichtungen“ (E&W 1/2022)

ALLER GUTEN DINGE ...



VERENA KERN

Co-Chefredakteurin von klimareporter° und freie Journalistin

Neben Forschung und Lehre haben die Hochschulen eine dritte Aufgabe: den Austausch mit dem außerwissenschaftlichen Betrieb. Diese „Third Mission“ wird immer wichtiger – auch für die Gewerkschaften.

Follow the science! Mit dieser Forderung kämpft die Protestbewegung Fridays for Future seit gut drei Jahren für mehr Klimaschutz. Hört auf das, was die Wissenschaft sagt! Für die Klimawissenschaft ist das ein Glücksfall. Sie sucht seit langem den Dialog mit Öffentlichkeit und Politik, legt regelmäßig (und mit ehrenamtlicher Arbeit) Berichte zum Erkenntnisstand in ihrem Fachgebiet vor, Forscherinnen und Forscher treten auf Veranstaltungen auf, geben Interviews, schreiben Artikel in auflagenstarken Medien, formulieren Empfehlungen für Lösungsansätze. Lange fand dies kaum Resonanz. Erst durch Fridays for Future – und unterstützt durch die Scientists for Future – hat sich das geändert. Ein gesellschaftliches Umdenken hat einge-

setzt. Damit ist die Klimakrise zwar noch nicht gelöst. Doch es wurden die Voraussetzungen geschaffen, damit dies möglich wird. Ähnliches ließ sich bei der Coronapandemie beobachten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, bis dato der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, waren mit ihrer Expertise in den Medien gefragt und wichtige Ratgeberinnen und Ratgeber für die Politik.



Wissens- und Technologietransfer, regionales Engagement, Weiterbildungsangebote sowie soziale Innovationen gehören gleichermaßen zur akademischen Tagesordnung.



CENTRUM FÜR HOCHSCHULENTWICKLUNG

Die Beispiele zeigen, wie viel ein guter, wechselseitiger Austausch zwischen akademischer und nicht-akademischer Welt bewirken kann. Potenziale können so erschlossen werden, die beide Seiten allein nicht hätten anzapfen können. Dieses Verständnis setzt sich immer mehr durch. Der Fachbegriff lautet „Third Mission“.



HÖRT AUF DAS, WAS DIE WISSENSCHAFT SAGT! DIESE AUFFORDERUNG SOLLTE NICHT NUR BEI DEN THEMEN KLIMAKRISE ODER CORONA GELTEN.

Gemeint ist damit, dass die Hochschulen neben ihren „Kernmissionen“ Forschung und Lehre eine dritte Aufgabe haben: die Verzahnung von Wissenschaft und Praxis, um Innovationen anzustoßen und gesellschaftliche Probleme besser zu bewältigen.

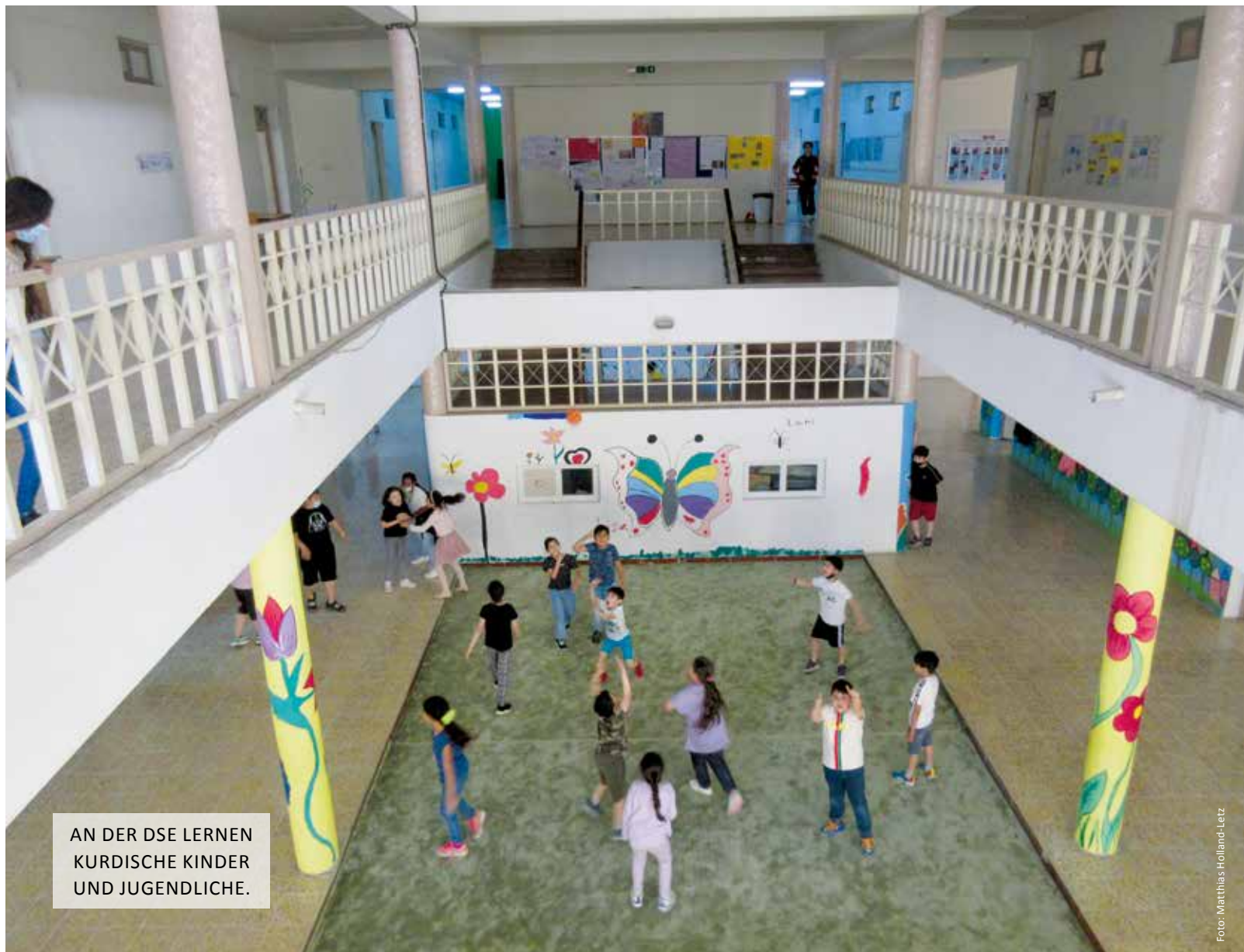
„Im 21. Jahrhundert gehören Wissens- und Technologietransfer, regionales Engagement, Weiterbildungsangebote oder auch soziale Innovationen gleichermaßen zur akademischen Tagesordnung“, stellt das Centrum für Hochschulentwicklung fest. Die Hochschulrektorenkonferenz sieht „Transfer und Kooperation“ als zentrale Aufgabe der Hochschulen. Der Wissenschaftsrat fordert „professionelle Unterstützungsstrukturen für Austausch und Kooperation“. Auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung taucht das Thema auf. Geplant ist die Gründung einer Deutschen Agentur für Transfer und Innovation.

**Theorie und Praxis
werden miteinander vernetzt.**

Auch die Gewerkschaften sind in diesem Bereich aktiv. Seit langem gibt es Kooperationsstellen an Hochschulen, die Wissenschaft und Arbeitswelt unter dem Motto

„Wir vernetzen Theorie und Praxis“ zusammenbringen. Bundesweit gibt es derzeit 14 Stellen. „Davon profitieren alle Beteiligten“, heißt es in einem Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft Kooperationsstellen. „Arbeitnehmer/innen, Betriebsräte und Gewerkschaften gewinnen erweitertes Wissen über innovative Handlungsansätze. Für Wissenschaftler/innen, Institute und Hochschulen eröffnen sich neue Perspektiven in Forschung und Lehre. Studierenden wird ein praxisnaher Zugang zur Arbeitswelt ermöglicht.“

Auch die GEW startet Kooperationsprojekte. Zu ihren jüngsten Projekten gemeinsam mit Kooperationsstellen gehörte 2020 eine Studie zur Arbeitszeit und -belastung von Lehrkräften an Frankfurter Schulen. Im Vorfeld gab es viele Versammlungen, Lehrerinnen und Lehrer wurden vorab aktiv eingebunden, so dass die Beteiligung der Schulen und Lehrkräfte an der Erhebung bemerkenswert hoch war. Die Ergebnisse der Studie, die eine systematische und gesundheitsgefährdende Überlastung ergab, sind folglich besonders aussagekräftig (s. E&W 11/2020). Und der Austausch im Sinne der „Third Mission“ ging weiter: Mit Verweis auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse forderte die GEW nach Veröffentlichung der Studie mit bundesweiten Aktionen bessere Arbeitsbedingungen. ■



AN DER DSE LERNEN
KURDISCHE KINDER
UND JUGENDLICHE.

Foto: Matthias Holland-Letz

EINE SCHULE FÜR RÜCKKEHRER

MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Streng bewacht und gesichert: An der Deutschen Schule in Erbil (DSE), Irakisch-Kurdistan, lernen kurdische Kinder und Jugendliche, die zuvor in Deutschland gelebt haben.

Beton-Elemente, dreieinhalb Meter hoch. Stacheldraht. Vergitterte Fenster. Und sechs Peschmerga-Soldaten, die das Schulgebäude rund um die Uhr bewachen. „Bis 2018 durfte außerdem niemand wissen, dass sich hier die Deutsche Schule befindet“, erklärt DSE-Schulleiter Daniel Bucker (42).

„Erst Ende 2018 haben wir wieder ein Schulschild aufgehängt.“

Bis 2017 herrschte Krieg im Irak. Die islamistische Terrormiliz IS (Islamischer Staat) hatte Mossul eingenommen, nur 80 Kilometer von Erbil entfernt. Dann gelang es der irakischen Armee und kurdischen Soldaten mit Unterstützung der USA, den IS zu besiegen. Erbil, Hauptstadt der Autonomen Region Kurdistan im Irak, gilt heute als weitgehend sicher. „Das Gefährlichste ist der Straßenverkehr“, witzelt Bückner. Dennoch werde Sicherheit an der Schule weiterhin großgeschrieben.

An der DSE lernen derzeit 137 kurdische Kinder und Jugendliche. Die meisten lebten zuvor mit ihren Familien in Deutschland, berichtet Bückner. Eine Schule für Rückkehrer, „damit sind wir weltweit ziemlich einzigartig“, sagt der Schulleiter. Gegründet wurde die DSE 2010. Damals galt Irakisch-Kurdistan als befriedet. Öl-Einnahmen sorgten für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Zahlreiche Kurdinnen und Kurden, die vor Krieg und Bürgerkrieg geflohen waren, kehrten zurück.

Eine Klimaanlage ermöglicht den Unterricht auch in den heißen Sommern.

Musik-Unterricht in Klasse 2. „Guten Morgen, Frau Wicklein!“, rufen 13 Kinder im Chor. Juliane Wicklein (34), Ortslehrkraft (OLK, siehe Kasten) aus Leipzig, greift zur Gitarre und stimmt ein Lied an: „Das Auto von Lucio, das hat 'n Loch im Reifen ...“ Die Kinder singen mit, erst laut und durcheinander, dann klingt es immer besser. Anschließend üben die Zweitklässler, einen Notenschlüssel ins Heft zu zeichnen.

Die DSE führt zu deutschen Schulabschlüssen und zum Gemischtsprachigen Internationalen Baccalaureate (GIB), das zum Studium in vielen Ländern, auch in Deutschland, berechtigt. Nach kurdischem Lehrplan werden vier Fächer unterrichtet: Kurdisch, Arabisch, Religion und Sozialkunde. Zum Kollegium gehören derzeit vier Auslandsdienstlehrkräfte (ADLK), eine Bundesprogrammlehrkraft (BPLK), 15 OLK sowie drei kurdische Lehrkräfte, die das kurdische Bildungsministerium abgeordnet hat. Auch das Gebäude stellen die kurdischen Behörden zur Verfügung: ein Flachbau, zweigeschossig, mit Aula, Cafeteria, Fußballfeld und großem Schulhof. Wichtig ist der schuleigene Dieselgenerator. „Weil der Stadtstrom zeitweise abgeschaltet wird“, berichtet Bückner. Der Generator erlaube es, im Winter durchgehend zu heizen und im heißen Sommer – 40 Grad Celsius >>>

Viel falt.

Mediathek

www.vielfalt-mediathek.de



Bildungsmaterial gegen Rechtsextremismus,
Menschenfeindlichkeit und Gewalt.
Für Demokratie, Vielfalt und Anerkennung.

Diskriminierung im Klassenraum? Rechte Sprüche im Seminar?

Über 2.500 Materialien zum
kostenlosen Download

- › Broschüren und Bücher
- › Unterrichtsmaterial und Arbeitsblätter
- › Trainingsordner und Handbücher
- › Audios und Videos

IDA Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.

Geleitet von Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben!





SCHÜLER- UND FAMILIENREISEN ZU TOP-PREISEN



FÜR KINDER, JUGENDLICHE, SCHULKLASSEN UND CLUBS

In unserem Hotel finden Sie ein eigenes Freischwimmbad beheizt von Anfang Mai bis Ende Oktober (kostenlos), Liegewiese, Tischtennisanlage, zwei Sportplätze, Sonnenterrasse, Aufzug, Discopub, Fernsehraum, Sauna, Dampfsauna, Solarium und Whirlpool. Alle Zimmer mit Dusche und WC.

PREISE WINTER 2022 - 2023	
Gruppen von 10 – 200 Personen	Skipass Speikboden
5 Tage Vollpension mit 4 Tage Skipass + warmen Mittagessen	EUR 249,00
7 Tage Vollpension mit 6 Tage Skipass + warmen Mittagessen	EUR 341,00
Weihnachten Vollpension pro Tag	EUR 33,00
Jänner bis Ostern Vollpension pro Tag	EUR 30,00
Hauseigener Skiverleih	Preis pro Skitag
Ski, Schuhe, Stöcke und Helm	EUR 10,00
Snowboard mit Schuhen und Helm	EUR 11,00
PREISE SOMMER 2023	
April bis Oktober Vollpension pro Tag	EUR 29,50
Juli und August Vollpension pro Tag	EUR 32,00



Je 15 Personen ein Freiplatz

Familie Reichegger Alois · Lappach 217 · I-39030 Mühlwald (BZ) · Südtirol
Tel. +39 0474 685000 · www.rinsbacherhof.com · rinsbacherhof@rolmail.net



DIE LEHRKRÄFTE JULIANE WINKLEIN (LI.), TIM SCHULTE UND ANGELIKA BAUER-IPEK (RE.) SCHÄTZEN DIE FLACHE HIERARCHIE AN IHRER SCHULE.

Fotos: Matthias Holland-Letz



*Man kann Projekte organisieren
und Schule mitgestalten.*



ANGELIKA BAUER-IPEK,
LEHRERIN AN DER DSE

>>> und darüber – die Klimaanlage zu betreiben. „Sonst könnten wir im Gebäude nicht unterrichten“, betont der 42-Jährige. Kurdische Schulen hätten in der Regel keine Klimaanlage. „Dementsprechend unterrichten sie deutlich weniger als wir.“ Deren Schuljahr beginne wegen des heißen Sommers erst Anfang Oktober und ende bereits Anfang Mai. Auch seien die Klassen an kurdischen öffentlichen Schulen viel größer. Bis zu 40 Kinder in einer Klasse seien keine Ausnahme, berichtet Bücken. Wie bei Deutschen Auslandsschulen üblich, ist die DSE als Privatschule organisiert. Die Eltern zahlen Schulgeld: Für das erste Kind werden 2.750 US-Dollar pro Jahr fällig, Geschwisterkinder erhalten Rabatt. „Damit sind wir viel günstiger als andere Deutsche Auslandsschulen“, erklärt Bücken. Die DSE sei „keine Schule für die finanzielle Elite“. Zur Elternschaft gehörten Ärzte und Ingenieure, aber

auch Handelsvertreter oder „Personen aus dem handwerklichen Bereich“.

Im Erdgeschoss hat Schilan Gaff ihr Büro. Sie ist die Schilkrankenschwester, zuständig für Schürfwunden oder Kopfschmerzen. Und für seelische Probleme. „Besonders die Grundschüler. Die brauchen mehr Pflege“, sagt Gaff. Wenn ihnen der Unterricht zu langweilig sei, kämen sie zu ihr. „Sie machen ein paar Minuten Pause. Und gehen dann wieder in die Klasse.“

Treffen mit Lehrkräften im Sami-Abdulrahman-Park, einer weitläufigen Grünanlage im Zentrum Erbils. Junge Frauen sitzen lernend unter Bäumen. Eine Pferdekutsche rollt vorbei. Angelika Bauer-Ipek (64) unterrichtet als ADLK Deutsch und Biologie an der DSE. Ihr gefällt, dass die Schule klein und überschaubar ist. „Man kann Projekte organisieren und Schule mitgestalten.“ Was Ortslehrkraft Wicklein bestätigt. Ob sie spüre, dass sie einen anderen rechtlichen Status habe als eine ADLK (siehe Kasten)? „Da werden keine großen Unterschiede gemacht“, antwortet Wicklein. Die Schule sei „familiär“, es gebe eine „flache Hierarchie“. Tim Schulte (51), ebenfalls OLK und seit August 2017 an der DSE, bestätigt: Er wisse, dass er deutlich weniger verdiene. „Aber in der Behandlung, vom Direktor, auch vom Schulverein, spürt man keinen Unterschied.“ ■

Infos zur Deutschen Schule Erbil sowie der GEW-Arbeitsgruppe Auslandslehrkräfte: gew.de/ew-9-22

Deutsche Auslandsschulen

Weltweit gibt es 140 Deutsche Auslandsschulen (DAS). Hier lernen vor allem Kinder der deutschen Expats, also von Vorständen großer Firmen, Entwicklungshelfern oder Botschaftsmitarbeitern. In vielen Ländern schickt zudem die heimische Mittel- und Oberschicht ihren Nachwuchs gerne auf eine DAS. Es unterrichten zum einen Auslandsdienstlehrkräfte (ADLK). Dies sind verbeamtete oder unbefristet angestellte Lehrkräfte aus Deutschland, die von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) vermittelt und bezahlt werden. Hinzu kommen Bundesprogrammlehrkräfte (BPLK). Sie erhalten ein Ortsgehalt, das die Schule zahlt, sowie eine Zuwendung des Bundesverwaltungsamtes. Eine Tätigkeit als BPLK steht auch jenen offen, die nicht im Landesdienst fest angestellt sind. Zum Kollegium gehören zudem Ortslehrkräfte (OLK). Mal sind es deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger, mal haben sie den Pass des Gastlandes. OLK sind beim Schulträgerverein angestellt, haben weniger Rechte als ADLK und BPLK. Sie verdienen in aller Regel auch deutlich weniger als diese.

MHL

DER UNTERRICHT AN DER DEUTSCHEN SCHULE IN ERBIL (DSE) IN IRAKISCH-KURDISTAN KANN AUCH GUT FÜNF JAHRE NACH DEM KRIEG NUR HINTER STACHELDRAHT STATTFINDEN.

STARK

sos-kinderdoerfer.de

2019/1



SOS
KINDERDÖRFER
WELTWEIT



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

Projekträger



Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.

WENIGER TORE,
MOOR
SCHUTZ!

Bundesweiter
Schulwettbewerb

Preisgeld
insgesamt
1.500 €

torffrei.info/schulwettbewerb

Einsendeschluss: 31. Mai 2023

© Krakenimages.com - stock.adobe.com

„EIN ZUTIEFST SOLIDARISCHER HANDEL“



Fotos: Forum Fairer Handel/ J. Lorenz

MATTHIAS FIEDLER,
GESCHÄFTSFÜHRER DES FORUM FAIRER HANDEL

INTERVIEW: MARTINA HAHN
freie Journalistin

Unter den Folgen der Pandemie, des Klimawandels und des Ukrainekriegs leiden auch die Produzentinnen und Produzenten für den Fairen Handel. Aber sie seien besser gegen die Krisen gewappnet als die Erzeugerinnen und Erzeuger für den konventionellen Handel, sagt Matthias Fiedler vom Forum Fairer Handel (FFH); Mitglieder des Forums sind Organisationen und Importeure, die im Fairen Handel arbeiten.

E&W: Unterbrochene Lieferketten durch feststehende Container, ausbleibende Ernten infolge der Klimakrise, Inflation und steigende Energiekosten –

wie stark trifft das die Erzeugerinnen und Erzeuger fairer Produkte?

Matthias Fiedler: Die Kombi dieser Krisen ist dramatisch. Weil die Lebenshaltungskosten extrem gestiegen sind, reicht das, was die Erzeugerinnen und Erzeuger mit ihrer Ernte verdienen, immer weniger zum Leben. Die Kaffeepreise etwa sind seit 2021 gestiegen – aber die höheren Preise, die sie für ihre fairen Bohnen bekommen, werden durch die höheren Lebenshaltungskosten aufgeessen! Auch die Produktionskosten sind in die Höhe geschossen: Allein die Frachtkosten haben sich seit 2020 fast verzehnfacht. Auch Ersatzteile für Maschinen oder Verpackungsmaterialien sind teurer geworden und belasten Kleinbauernfamilien und Kooperativen, die den Fairen Handel beliefern.

E&W: Wie hilft ihnen der Faire Handel in dieser Krise?

Fiedler: Der Faire Handel ist ein zutiefst solidarischer Handel – und das ist mit ein Grund, warum die Produzentinnen und Produzenten des Fairen Handels in der

aktuellen Krise besser gewappnet und resilienter sind als jene für den konventionellen Handel. Im Fairen Handel gibt es zudem keinen Verteuerungsautomatismus. Die Mitglieder, die deutschen Fair-Handelsimporteure, müssten manches Produkt eigentlich für einen höheren Preis anbieten, machen das aber nicht, weil die Leute es sonst nicht mehr kaufen würden. Weil sie dennoch einen höheren Einkaufspreis zahlen, schultern Importeure wie Gepa, Weltpartner & Co. selbst einen Teil der erhöhten Produktionskosten, die ihre Handelspartnerinnen und -partner im Globalen Süden haben.

E&W: Der Faire Handel zahlt den Erzeugern auch eine faire Prämie – wie hilft diese in der Krise?

Fiedler: Aktuell können die Kooperativen mit der Fair-Trade-Prämie auch Lebensmittelpakete oder Saatgut kaufen. Oder zum Schutz gegen Dürren in ein besseres Wassermanagement investieren. Diese Prämie macht etwa bei Kaffee pro britischem Pfund (454 Gramm) 20 US-Cent des Verkaufspreises aus, der aktuell für bio-faire Bohnen bei etwa 2,60 US-Dollar liegt. Die Prämie sowie die im Fairen Handel üblichen langfristigen, planungssichernden Handelskontakte und Vorfinanzierungen von Ernten bilden ein Netz, das die fairen Erzeugerinnen und Erzeuger in der Krise auffängt.

Faire Woche

Vom 16. bis 30. September gibt es wieder die Faire Woche. Unter dem Motto „Fair steht dir – #fairhandeln für Menschenrechte weltweit“ dreht sich in diesem Jahr alles um das Thema Textilien.

E&W: Im Fairen Handel gibt es einen Mindestpreis für die Ernten – als Absicherung gegen den Verfall, wenn der Weltmarktpreis sinkt. Reicht den Familien dieser Mindestpreis?

Fiedler: Sicher nicht. Im Zuge der Diskussion über existenzsichernde Einkommen muss man auch über den Mindestpreis sprechen.

E&W: Auch, um Kinderarbeit zu verhindern?

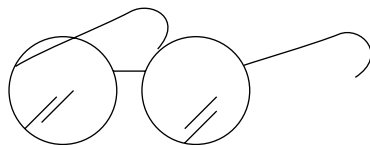
Fiedler: Ja. Wenn man keine fairen Preise zahlt, ist es unausweichlich, dass Erntehelfer nicht richtig entlohnt und Kinder auf die Felder geschickt werden. ■

Infos zum Forum Fairer Handel und zur Fairen Woche:
gew.de/ew-9-22

KAFFEE-ERNTEN IN KOLUMBIEN: KAFFEEBAUERN BEKOMMEN FÜR FAIR ERZEUGTE BOHNEN ZWAR EINEN HÖHEREN PREIS, DOCH DURCH DIE AKTUELLEN KRISEN SIND IHRE LEBENSHALTUNGS- UND PRODUKTIONSKOSTEN GESTIEGEN.



MITGLIEDERFORUM



KOMPLEXER KONFLIKT

(E&W-BERICHTERSTATTUNG SOWIE LESERINNEN- UND LESERBRIEFE ZUM UKRAINE-KRIEG)

Die Berichterstattung vieler Medien über den furchtbaren Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine verhindert notwendige erste Deeskalationsschritte, die für einen Frieden nötig wären. Natürlich müssen das Leid der Menschen geschildert, ein sofortiger Stopp der Gewalt und eine unabhängige Ukraine gefordert werden, aber wieso nicht auch ein demokratisches Sprachengesetz und ein demokratisches Parteiengesetz in der Ukraine, eine sinnvolle und gesicherte Autonomie der Regionen, ein Verbot aller nationalistischen Organisationen und der Verherrlichung des Antisemiten Stepan Bandera, eine Verfolgung der Verantwortlichen für die Toten beim Brand im Gewerkschaftshaus von Odessa im Jahr 2014? Diese gerechten Forderungen würden die russische Regierung unter Zugzwang setzen. Die Entwicklung des Konfliktes ist sehr komplex. Vom Verbot der ukrainischen Schrift durch Zar Alexander II., den imperialistischen Plänen einflussreicher US-Strategen wie Zbigniew Brzezinski und George Friedman bis hin zur NATO-Osterweiterung. Eine systematische und vollständige Analyse konnte ich bisher nirgendwo entdecken. Vielleicht könnte die GEW diese realisieren. Sie könnte zu einer friedlichen und gerechten Entwicklung beitragen.
Raimund Jungbauer, München

PAZIFISMUS GEBOTEN

(E&W 7-8/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 44: „VERDECKTE PROPAGANDA FÜR PUTIN“)

„Nur Stärke hält aggressive und verbrecherische Regimes in Schach“, heißt es in dem Leserbrief von Arnold Zech-

Gudra. Russland verhält sich imperialistisch und aggressiv, das stimmt. Der Westen, Europa, die USA etc. sind aber ebenso nicht frei von imperialistischem Denken und Handeln, von geopolitischen und -strategischen Interessen. Und aggressiv war der Westen in der Geschichte auch. So beim Putsch in Persien 1953, bei vielen Staatsstreich in Südamerika, in Vietnam, bei diversen Golfkriegen, in Afghanistan, im Irak. Aggressiv sind auch die Ausbeutung vieler Länder für unseren Konsum, die Zerstörung unserer Umwelt oder unsere weltweiten Waffenlieferungen zu nennen. Das rechtfertigt nicht den russischen Überfall auf die Ukraine. Aber es zeigt, dass es solche Aggression gibt, wo immer es Waffen gibt. Und die gibt es auf allen Seiten. Pazifismus ist „antizyklisches“, präventives Denken und Handeln. Er ist eine Strategie, Krieg und Gewalt zu vermeiden, solange es noch „Wahlmöglichkeiten“ gibt. Wir haben es gemeinsam in Ost und West nach 1945 und nach 1989 vermasselt. Erziehung ist Handeln auf Zukunft und Verantwortung hin. Deshalb kann eine Bildungsgewerkschaft eigentlich nur „pazifistisch“ sein. Sonst geht das große Vermasseln weiter.

Fritz Köbler, Höchststadt/Aisch

MEHR FLEXIBILITÄT NÖTIG

(E&W 6/2022, SEITE 6 FF.: SCHWERPUNKT „HETEROGENITÄT IN BILDUNGSEINRICHTUNGEN“)

Die im Heft dargestellte Heterogenität in Schulen ist unvollständig. Inklusion brauchen zum Beispiel auch Lernende mit psychischen Erkrankungen. Gerade seit den Schulloekdowns gibt es vermehrt Schüler*innen in therapeutischer Behandlung, die keine Schule mehr besuchen, weil die Anforderungen an ein Bestehen des Schuljahres und die vorgegebenen Ziele sich als zu starr

erweisen. Sie benötigen Fürsprache und kompetente Betreuung, weil sie ebenfalls in die Regelschule gehören. Diversität zeigt sich auch in der zunehmenden Zahl der Schüler*innen, die abseits von Heteronormativität eine eigene Lebensweise einfordern. Aber Lernende, die transgener sind, können zum Beispiel in der Software/ den Zeugnissen nicht erfasst werden und werden beschämenderweise oft mit ihrem abgelegten Namen angesprochen. Wir brauchen flexible Möglichkeiten für all diese Menschen, Leistungen in den Schulalltag nach ihren Bedürfnissen einzubringen, und ein System, das diese individuellen Leistungen erfassen und bewerten kann. Dazu braucht es den Ausbau der Schulsozialarbeit und nicht nur in der Grundschule eine Alternative zu normierten Leistungskontrollen und herkömmlichen Zensuren.

Christiane Wilke, Frankfurt am Main

STIGMATISIERENDE BEGRIFFE

(E&W 6/2022, SEITE 6 FF.: „FÜR VIELE IST DAS HIER EIN ZWEITES ZUHAUSE“ UND SEITE 10 FF.: „ENTSPANNTE VIELFALT“)

Zwei Artikel der E&W-Ausgabe zum Thema „Heterogenität“ waren sprachlich von Stigmatisierung und Diskriminierungen durchzogen. Zum einen war da die Rede von einer „Brennpunktschule“: Der Begriff ist stigmatisierend. Das eigentliche ökonomische Problem, dass nämlich auf allen Seiten zu wenig Ressourcen da sind, wird mit dem Begriff ausgeblendet und verdeckt. Weiter bin ich über die euphemistische Formulierung „Menschen mit und ohne Handicap“ gestolpert. Richtig wäre es, „Menschen mit und ohne Behinderung“ zu sagen. Der Begriff „Handicap“ verschleiert, dass Behinderung nicht allein Ursache im Menschen selbst hat, sondern auch von der Umwelt produziert wird. Ich wünsche mir in Zukunft eine größere sprachliche Sensibilität und Genauigkeit.

Clara Suske, Hamburg

AUSSORTIERT

(E&W 6/2022, SEITE 16 F.: „DEN MENSCHEN ETWAS ZUTRAUEN“)

Ich bin Beschäftigte im Land Berlin und seit 2013 anerkannt schwerbehindert. Nun möchte ich ein Beispiel geben, wie der Wiedereinstieg in das Arbeitsleben nicht

gelingt. Mir wurden Versprechungen gemacht, die nicht eingehalten wurden. Der Integrationsfachdienst sicherte mir zu, dass alles Notwendige gewährleistet wird, damit ich einen guten Arbeitseinstieg finden kann. Aufgrund meiner Behinderung benötige ich einen Fahrdienst und Assistenzleistungen. Als es darum ging, in der Arbeitsstelle anzufangen, war davon keine Rede mehr. Auch der GEW-Rechtsberatung gelang es nicht, mir aus der Patsche zu helfen. Alternativ bin ich nun Rentnerin und beabsichtige mutlos die GEW, der ich rund 20 Jahre angehöre, zu verlassen. Vielen lieben Dank für das gelebte Miteinander!

Marlis Wegner, Berlin

GEWERKSCHAFTLICH EINGREIFEN

In dem Artikel erhebt der blinde Wirtschaftswissenschaftler Carsten Dethlefs die Forderung, den besonderen Kündigungsschutz für Behinderte abzuschaffen, um potenziellen Arbeitgebern Sorgen zu nehmen. Christina Stabel, Beraterin bei einem Arbeitgeberservice, meint, Unternehmer sollten sich trauen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Sie weist auf die geringe Auswirkung des Kündigungsschutzes hin.

Der Verzicht auf ein Arbeitsrecht ist wohl kaum der richtige Weg, die schlechte Lage der Behinderten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Auch ist die Situation eines Erblindeten mit Doktorwürde nicht repräsentativ für Menschen mit Behinderung. Behinderte Akademiker sind selten. Die erwähnte Tastatur und Software sind für einen dreistelligen Betrag zu erwerben. Die Arbeitsassistentin wird vom Amt für Integration getragen. Verhältnismäßig wenig Zusatzaufwand für eine hochqualifizierte Kraft. Wird für einen Förderschulabgänger alles Nötige getan? Die GEW fordert zu Recht ein inklusives Bildungssystem. Der Anspruch muss daher auch sein, Menschen mit Behinderung den Weg aus Sondereinrichtungen und Arbeitslosigkeit in ein inklusives Berufsleben zu eröffnen.

Hannes Müller, Rostock

UNREALISTISCHE FORDERUNG

(E&W 6/2022, SEITE 18 F.: „BLINDE FLECKEN IM GESCHICHTSUNTERRICHT“)

Der Autor Mark Terkessidis stellt fest, dass in deutschen Schulklassen heutzutage Kinder und Jugendliche unterrichtet werden, deren Eltern aus fernen Ländern

>>> stammen, deren Geschichte aber nicht in unseren Schulgeschichtsbüchern steht. Er spricht von postkolonialen Klassenzimmern. Das ist eine unrealistische Forderung. Wie soll bei in der Regel zwei Wochenstunden Geschichtsunterricht, die kaum ausreichen, die deutsche Geschichte halbwegs zu vermitteln, auch noch die Historie anderer Staaten vermittelt werden, ohne dass zum Beispiel Streit entsteht zwischen Kurden und Türken, wenn im Unterricht der Ausgang des Ersten Weltkrieges zur Sprache kommt?

Darum ist es wichtig und für den Erhalt der Demokratie mitentscheidend, die Verhältnisse, in denen Menschen leben, ständig vor dem Hintergrund der UN-Menschenrechtskonvention sowie des Grundgesetzes zu überprüfen, wenn nötig, in Frage zu stellen, und dann im demokratischen Sinn auf Verbesserungen hinzuwirken.

Ulrich Bald, Hagen

FALSCH PRIORITÄTEN

(E&W 6/2022, SEITE 32 F.: „SCHULEN ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN“)

Richtschnur aus Sicht der Gewerkschaft als Zusammenschluss der schulisch Werk tätigen muss nicht „... die inklusive Schule sein, die allen Schülerinnen und Schülern ein optimales Lernumfeld bietet“. Richtschnur muss die Schule sein, in der ein akzeptables Arbeitsumfeld für die abhängig Beschäftigten besteht. Dass davon möglicherweise die Schülerinnen und Schüler profitieren, ist zu hoffen, aber nicht zwingend. Ich erwarte von meiner Gewerkschaft und den Schulleitungen, dass sie sich zunächst einmal um die Einhaltung der Europäischen Arbeitszeitrichtlinien kümmern und dem Schulträger gegenüber Arbeitssicherheit einfordern. Von all dem ist bei den Themen, die die FiBS-Studie benennt, an keiner Stelle die Rede.

Es kann nicht sein, dass in unserer Gewerkschaft weiterhin eine kleine Gruppe, die in der freien Wirtschaft als leitende Angestellte gelten würde, den Raum erhält, Forderungen zu verbreiten, die bei den bestehenden Verhältnissen nur durch Ausbeutung und Selbstausbeutung der übrigen Mitarbeitenden erreicht werden können. Dadurch, dass der gemeinsame Nenner der beklagenswerten Situation die Weigerung der „Konzernspitze“ ist, die nötigen Produktionsmittel bereitzustellen, sitzen wir noch lange nicht alle in einem Boot.

Wolfgang Kehren, Bonn

ENTTÄUSCHT VON DER GEW

(E&W 7-8/2022, SEITE 6 FF.: „AUSSERORDENTLICHER GEWERKSCHAFTSTAG IN LEIPZIG“)

Bei der Lektüre der Entscheidungen des GEWerk-schaftstages 2022 stieß ich auf den Beschluss, der mit „Für eine Schule für alle vor Ort“ betitelt ist, und freute mich zunächst, dass das Thema endlich wieder aufgegriffen wurde. Trotz mehrmaligen Lesens konnte ich jedoch im gesamten Beschlusstext den Terminus „Eine Schule für alle“ nicht finden. Es handelt sich vielmehr ausschließlich um eine Liste von Forderungen, wie gemeinsamer Unterricht ermöglicht werden sollte. Ich bin sehr enttäuscht von meiner Gewerkschaft, der ich vor allem deshalb beigetreten bin, weil sie für ein Schulsystem eintrat, das die Hälfte aller Zehnjährigen in Deutschland nicht beschämt, weil diese als „für das Gymnasium nicht geeignet“ zensiert und damit von dem höheren Bildungsgang ausgeschlossen werden. Ich bin beschämt, dass die GEW aktuell offenbar die Ungeheuerlichkeit der schulischen Selektion hinnimmt und die Auseinandersetzung mit dem Thema „Abschaffung des gegliederten Schulsystems“ scheut – nach innen wie nach außen.

Hans Braun, Ebsdorfergrund

TOLL, DASS ES KLAPPT

(E&W 7-8/2022, SEITE 22 FF.: „MODERNE, GUTE PÄDAGOGIK“)

Ich habe sechs Jahre an Grundschulen in Brandenburg unterrichtet und oft den Eindruck gewonnen, vor allem die Klassenlehrer*innen kennen ihre Schüler*innen und deren Eltern schon ganz gut. Allerdings haben wohl nur manche Lehrer*innen Zeit, Kraft und die Offenheit bzw. Neugier, mit ihren Schüler*innen über deren Alltag und die Schwierigkeiten zu reden.

„Moderne, gute Pädagogik“: Ich staune, dass es die Kinder im Familienzentrum Olgakrippe in Heilbronn nicht überfordert, zum Beispiel über den Kauf von Spielsachen und den Essensplan (mit)zubestimmen. Mir ist klar, dass Freiheit und Gefragtwerden sehr wichtig sind, nur habe ich lange den Fehler gemacht, zu viel Freiheit und Wahl zu geben. Also: toll, dass es im Familienzentrum Olgakrippe in Heilbronn so gut klappt.

Johannes Müller, Berlin

FINANZIELLE ANREIZE SCHAFFEN

(E&W 7-8/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 45:
„MÄNNERQUOTE NOTWENDIG“ UND „MÄNNER
BEVORZUGT EINSTELLEN“)

Die Quotenregelung soll Nachteile der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ausgleichen. Frauen werden bei gleicher Qualifikation wie Männer auch heute noch vielfach benachteiligt. Sie haben weniger Chancen auf Einstellung oder bekommen bei gleicher Leistung weniger Geld. Frauen verdienen überdies im allgemeinen Durchschnitt allein deshalb weniger, weil sie häufiger in schlechter bezahlten Berufen arbeiten. So ist der Männeranteil im besser bezahlten Gymnasiallehramt deutlich höher als im schlechter bezahlten Grundschullehramt. Wie kommt Leserbriefschreiber Marcus Göbel auf die Idee, es sei gleichberechtigt, wenn Männer mit gleicher

Qualifikation in Kita und Grundschule bevorzugt eingestellt werden? Und Andreas Roller: Warum sollte eine Quote die Männer dazu bringen, einen schlechter bezahlten Beruf zu ergreifen? Die Männer haben die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu pädagogischen Arbeitsfeldern wie Frauen. Will man die Männerquote in Kita und Grundschule erhöhen, so muss der finanzielle Anreiz erhöht werden – und zwar für beide Geschlechter gleichermaßen. Eine Männerquote kann nur dazu führen, dass schlechter qualifizierte Männer besser qualifizierten Frauen vorgezogen werden.

Gudrun Strasser, Pforzheim

BILLIGE RHETORIK

Dass Männer eine Männerquote fordern, ist ein alter ausgelatschter Schuh. Und eine Männerquote in Zeiten >>>

Ihre Anzeige in der E&W: **Tel. 0201/84300-0**
anzeigen@stamm.de

Hilfe für Journalisten und Journalistinnen in Afghanistan

Mit der Machtübernahme der Taliban regiert nun einer der größten Feinde der Pressefreiheit in Afghanistan. Reporter ohne Grenzen tut alles, um bedrohten Medienschaffenden vor Ort und im Exil zu helfen.

Spenden Sie jetzt für unsere Hilfsaktion:
reporter-ohne-grenzen.de/hilfe-fuer-afghanistan



TOSCANA

Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, www.aglioni.it

Uvds *feiert 15-jähriges Firmenjubiläum*
DESIGN

Deshalb gibt es jetzt eine neue Vielfalt an Wand- und Quintenzirkeluhren sowie:

10 % Spende an die Ukraine-Hilfe
5 % Rabatt für Sie auf alle Produkte
bei jeder Bestellung mit dem Gutschein-Code: **EW15**
Aktion geht bis 31.12.2022

Neugierig auf Neues?
Hier Newsletter bestellen:
webshop.uvds-design.com/newsletter

Uvds-Design.com
info@Uvds-Design.com
webshop.uvds-design.com

Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.

T: 05171/16343 www.la-ruca.de

Kleine, feine Pension, türkische Ägäis am Meer direkt am Dilek-Nationalpark. Kunst-Kultur-Natur: Efesus, Milet, Malkurse, leckere türkische Küche u.v.m.

E-mail: info@domizil-lina-art.de
Web: www.domizil-lina-art.de
Whatsapp: 0090 533 390 48 99

Hamburg Schülertouren

St. Pauli, Speicherstadt, Hafenrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891
www.kiezjungs.com

Kleine Träume große Wirkung



Sie wollen Großes bewirken?
Dann investieren Sie in eine Zukunft ohne Alzheimer und werden Sie Zustifter. Rufen Sie uns an: **0211/83 68 06 3-0**

Stiftung Alzheimer Initiative
Stiftung Alzheimer Initiative gGmbH
www.alzheimer-forschung.de/stiftung

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**

☎ 02521 29905-10

SCHULORGANISATION
& Verlage Flöttmann & Langenkämper

>>> des Fachkräftemangels zu fordern, in der ohnehin fast jede*r – egal welchen Geschlechts – in pädagogischen Berufen eingestellt wird, zeugt von umfassender Unkenntnis oder billiger Rhetorik. Quotenregelungen werden nötig, wenn eine gesellschaftlich weniger privilegierte Gruppe von Menschen trotz gleicher Eignung nicht in gleicher Stärke wie eine gesellschaftlich privilegierte Gruppe in bestimmten Positionen oder Branchen repräsentiert ist.

Um mehr Menschen, auch mehr Männer, in pädagogische Berufe zu bringen, haben wir als GEW-Mitglieder Ideen, die wir alle zusammen lauter vertreten sollten: Macht die Arbeitsbedingungen attraktiver, verbessert die Kind-Pädagog*in-Relation, ermöglicht Aufstiegschancen, erhöht die Stunden für mittelbare pädagogische Arbeit an, ermöglicht Beratung und Supervision, bietet konsequent Homeoffice für die mittelbare pädagogische Arbeit, schafft Vor-Ort-Arbeitsplätze mit Computern, sorgt für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und vor allem bezahlt die Arbeit mit Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen besser.

Elke Gabriel und Friederike Peiser, Berlin

EHRFURCHT VOR DEM LEBEN

(E&W 7-8/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 46 F.: „HASSERFÜLLTE ANWÜRFE“ UND „ALLERUNTERSTE SCHUBLADE“)

Kolleg(inn)en, ich bedauere den Satz: „Für (...) widerliche Akteure (...) halte ich die Grünen Baerbock und Habeck (...)“ Ich betrachte Menschen nicht als widerlich. Sie sind Sterbliche, die Ehrfurcht vor ihrem Leben verdienen. Ich schreibe also neu: „Eine widerliche Rolle spielen Baerbock und Habeck, Waffenlieferantin und Öleinkäufer bei katarischen Islamisten ...“. Heidi Delbeck und Jörg Spengler titulieren mich in Leserbriefen wegen meiner Aussagen als „hasserfüllten Stammtischbruder“ aus der „untersten Schublade“. Sicherlich sehr kollegial! Die Grünen springen aber heute in miefige Koalitionsbetten gestriger FDP-Kapitalisten oder autoritärer Merz/Söder-CDU/CSU-Haufen. Gewaltlosigkeit hat die Pazifisten Mahatma Gandhi, Rosa Parks und Martin Luther King über fanatische Rassisten triumphieren lassen. Sie bedeutet nicht Inaktivität, sondern gewaltfreie Aktion, die nicht aus Gewehrläufen, sondern Gehirnen und Herzen kommt. Gegenwärtig helfen auch Internet, Informatik und Robotik gegen Folterdiktatoren. Kein Staat der Welt darf

jedoch einer Bürgerin oder einem Bürger soldatisches Töten aufzwingen. Nur Notwehr gestattet tödliche Gegenwehr. Über allem steht: Ehrfurcht vor dem Leben!
Hartmut Wagner, Schwerte

HABEN FRAUEN NICHTS ZU SAGEN?

(E&W 7-8/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 44 FF.)

Jedesmal wieder spannend: Wie hoch ist die Männerquote der Veröffentlichungen im Mitgliederforum? 80 oder 90 oder doch endlich mal 100 Prozent? In der 7-8/2022-Ausgabe gab es tatsächlich eine Heidi. Die anderen heißen Ulrich, Arnold, Peter, Andreas, Marcus, Hans, Leon, Carsten, Holger und Jörg.

Da drängen sich einige Fragen auf: Schreiben die Frauen nix? Und wenn ja, warum? Zu faul, desinteressiert, anderweitig überarbeitet oder haben schlicht nichts zu sagen?

Schreiben die Männer einfach die besseren Leserbriefe? Briefe, die es tatsächlich Wert sind, veröffentlicht zu werden. Da können die Frauen eben nicht mithalten. Ist die Redaktion frauenfeindlich? Kann ich mir nicht so recht vorstellen; aber vielleicht naiv oder unsensibel? Was auch immer dahinterstecken mag. Die Quotenregel wäre hier einfach umzusetzen ... also nix wie ran.

Petra Stephan, Gründau

Anm. d. Red.: Die E&W-Redaktion veröffentlicht alle Zuschriften der Leserinnen und Leser, solange diese keinen Straftatbestand erfüllen und/oder beleidigend oder schriftlich beantwortet worden sind. Die (weit) überwiegende Zahl der Zuschriften stammt in der Tat von Männern.

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

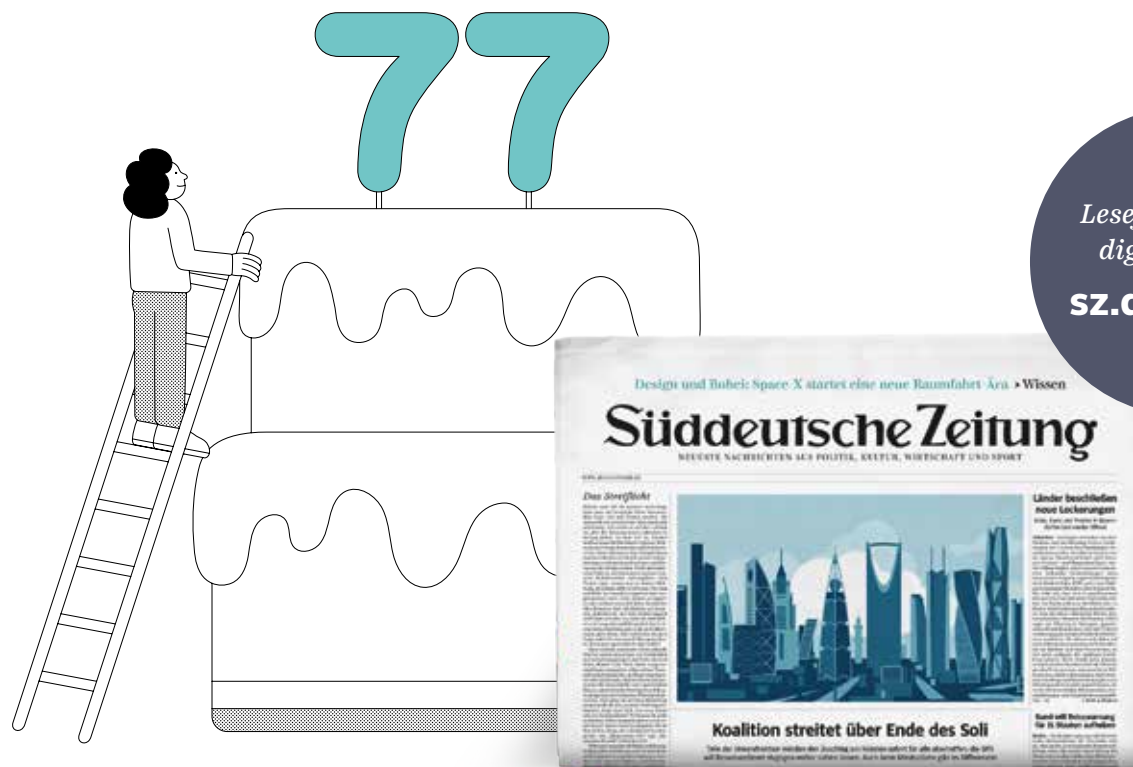
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen. Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

77 Jahre SZ

Wir feiern – Sie lesen



Lesefreude auch
digital unter:
sz.de/mobil

Exklusive Geburtstags-Angebote

- **77 Ausgaben SZ täglich (Mo. – Sa.) für nur 77 €**
- **50 Ausgaben SZ am Wochenende (Fr. + Sa.) für nur 77 €**

Jetzt bestellen:

sz.de/ew2022  **089 / 21 83 99 27** 

* Die Teilnahmebedingungen finden Sie unter sz.de/77jahre
Ein Aktionsangebot der Süddeutsche Zeitung GmbH •
Hultschiner Str. 8 • 81677 München

Süddeutsche Zeitung

DIESMAL



FACHKRÄFTEMANGEL ... ARBEITSWELT IM WANDEL